

Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern** 11

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 16.10.2002



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) begleitet Bundeskanzler Gerhard Schröder (l.) und den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Franz Müntefering zur Sitzung der SPD-Landtagsfraktion. Fotos: Schälte

Wolfgang Clement

Peer Steinbrück

Kanzler-Stunde im Landtag

Kein Tag wie jeder andere im Landtag Nordrhein-Westfalen: Der Bundeskanzler kam ins Düsseldorfer Parlamentsgebäude, um der SPD-Fraktion seine Beweggründe zu schildern, wieso Ministerpräsident Wolfgang Clement das neue Superministerium für Arbeit und Wirtschaft in Berlin übernehmen soll. Eine Stunde später stand fest, dass als Nachfolger von Clement Finanzminister Peer Steinbrück nominiert wurde. Am 2. November soll auf einem außerplanmäßigen Landesparteitag der SPD über die Ministerpräsidentennachfolge abgestimmt werden. Hausherr und Landtagspräsident Ulrich Schmidt nahm Bundeskanzler Gerhard Schröder schon vor dem Parlamentsgebäude in Empfang. Das war am Dienstagvormittag des 8. Oktober. Schröder hatte

SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering mitgebracht. Fotografen, Kamerateams und Journalisten empfingen den Kanzler. Schröder erläuterte vor der SPD-Landtagsfraktion seine Entscheidung, Clement als Minister für Wirtschaft und Arbeit in die neue Bundesregierung zu holen. Die Reform des Arbeitsmarktes und die damit verbundenen Konsequenzen für die Wirtschaft seien die größte Aufgabe für die neue Bundesregierung. „Das hätte außer Wolfgang Clement kein anderer in der SPD machen können“, sagte Schröder. Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN warb er für die Fortführung der Rot-Grünen Koalition in NRW. Wenn Clement sein Landtagsmandat niederlegt, wird ihm voraussichtlich Dr. Rudolph Karsten, Historiker aus Wetter an der Ruhr, folgen. (SH)

Die Woche im Landtag

Korruption Seite 7

Die beiden Koalitionsfraktionen werfen der CDU vor, sie verweigere aus parteitaktischen Gründen ihre Mitarbeit im Kampf gegen Korruption.

Haushaltsklausur Seiten 8/9

Zum Haushaltsentwurf 2003 tagten der Finanzausschuss und die Spitze des Ministeriums in Bonn.

Verfassungsschutz Seite 10

Das Verfassungsschutzgesetz soll geändert werden: Mehr Informationen steht mehr parlamentarische Kontrolle gegenüber.

Stromkosten Seite 11

Eine Ausschreibung der Stromlieferung an die gesamte Landesregierung bringt Kostenminderung.

Wort und Widerwort:

Mit welchen Ideen kann die Ausbildungsplatzsituation verbessert werden?

In diesem Herbst könnte es seit längerem wieder so sein, dass nicht genug Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung stehen. Die schwierige wirtschaftliche Lage lässt offenbar Unternehmen zögern, den Schulabgängern die Chance zu einem qualifizierten Start ins Berufsleben zu geben und sich damit wirksam gegen eine spätere Beschäftigungslosigkeit zu wappnen. Was kann in dieser Situation die Landespolitik bewirken — über diese Frage wurde in den vier Fraktionen nachgedacht. Die Ergebnisse sind nachzulesen auf Seite 2.

Von Werner Bischoff (SPD)

Ein modernes Berufsausbildungssystem mit leistungsfähigen Strukturen, das zugleich Übergangsmöglichkeiten in andere Bildungsbereiche ermöglicht, muss Grundlagen schaffen für individuelle berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, für Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Arbeitszeit. Berufliche Bildung ist Bildung, Persönlichkeitsentwicklung, Standortsicherung und Beschäftigungsförderung zugleich. Wir setzen auf Differenzierung. Sowohl die Jugendlichen, die aufgrund ihrer schulischen Leistungen nicht in der Lage sind, eine dreijährige Ausbildung zu absolvieren, als auch diejenigen, die auch höhere Anforderungen erfüllen, müssen ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden. Für viele der erstgenannten Jugendlichen sind die Landesinitiative „Jugend in Arbeit“ oder das Projekt „Betrieb und Schule“ der richtige Ansatz. Für die leistungsstarken Jugendlichen gibt es die Möglichkeit der Berufsausbildungsaufstockung. Dabei wird die berufliche Ausbildung ergänzt durch berufliche Weiterbildung, Fachhochschulreife oder Studium. Ein Beispiel ist dafür in NRW das Projekt „Kooperation Berufs- und Ingenieurausbildung Holz“. Hierbei wird die betriebliche Ausbildung zum Tischler, Schreiner oder Holzmechaniker mit dem Fachhochschulstudium zum Diplomingenieur der Holztechnik verknüpft. Durch die Novellierung der Berufe und die Schaffung neuer Berufe können in neuen Wachstumsbranchen Ausbildungsplätze geschaffen werden. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Kommunikationswirtschaft.



Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in NRW spitzt sich in diesem Jahr dramatisch zu. Erstmals seit 1996 wird es voraussichtlich keinen rechnerischen Ausgleich zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage geben. Grundlegend lässt sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt nur dann überwinden, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und ihre finanziellen Spielräume für die Schaffung von Lehrstellen erweitert werden. Dagegen führen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung nur zu einer sinkenden Ausbildungsbereitschaft. Damit der Mittelstand als Berufsausbilder Nr. 1 die Ausbildungssituation in NRW verbessern kann, müssen auch seine Belange bei der Berufsbildungspolitik stärker berücksichtigt werden. Eine starre Berufsausbildung entspricht nicht mehr der dynamischen Entwicklung in der heutigen Arbeitswelt. Ausbildungsordnungen müssen noch schneller und flexibler an veränderte Anforderungen und Marktentwicklungen angepasst werden. Besonders für den Dienstleistungsbereich muss die Einführung neuer Berufsbilder mit neuen Profilen und flexiblen Ausbildungszeiten erleichtert werden. Zudem können Arbeitgeber durch die Abschaffung des zweiten Berufsschultages motiviert werden, zusätzliche Ausbildungsstellen anzubieten.

Von Dr. Gerhard Papke (FDP)

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in NRW spitzt sich in diesem Jahr dramatisch zu. Erstmals seit 1996 wird es voraussichtlich keinen rechnerischen Ausgleich zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage geben.



Grundlegend lässt sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt nur dann überwinden, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und ihre finanziellen Spielräume für die Schaffung von Lehrstellen erweitert werden. Dagegen führen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung nur zu einer sinkenden Ausbildungsbereitschaft. Damit der Mittelstand als Berufsausbilder Nr. 1 die Ausbildungssituation in NRW verbessern kann, müssen auch seine Belange bei der Berufsbildungspolitik stärker berücksichtigt werden. Eine starre Berufsausbildung entspricht nicht mehr der dynamischen Entwicklung in der heutigen Arbeitswelt. Ausbildungsordnungen müssen noch schneller und flexibler an veränderte Anforderungen und Marktentwicklungen angepasst werden. Besonders für den Dienstleistungsbereich muss die Einführung neuer Berufsbilder mit neuen Profilen und flexiblen Ausbildungszeiten erleichtert werden. Zudem können Arbeitgeber durch die Abschaffung des zweiten Berufsschultages motiviert werden, zusätzliche Ausbildungsstellen anzubieten.

Von Christian Weisbrich (CDU)

Seit 1977 wurden nicht mehr so wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt wie in diesem Jahr. So lange Nordrhein-Westfalen mitten in der Rezession steckt und die Unternehmen ihre eigenen Aussichten pessimistisch einschätzen, solange können und werden sie keine zusätzlichen Ausbildungsplätze schaffen. Der Mittelstand stellt 80 Prozent aller Ausbildungsplätze. Deshalb brauchen wir endlich eine Steuerreform, die diese Zielgruppe entlastet. Wir brauchen Regelungen, die es dem Mittelstand erlauben, mehr Eigenkapital zu bilden. Wir müssen den Bürokratieabbau energisch vorantreiben, damit es wieder mehr Freude macht, etwas „zu unternehmen“ als es „zu unterlassen“.



Zum anderen muss das Ausbildungsangebot transparenter und besser organisiert werden. Freie Ausbildungsplätze müssen zügiger besetzt und frei gewordene Stellen schneller gemeldet werden. Weil nicht jeder einen Ausbildungsplatz in seinem Traumberuf finden kann, sollten den Jugendlichen die Alternativen aufgezeigt werden, mit denen sie längerfristig bessere Zukunftschancen haben.

An der Schwelle von der Industrie- zur Wissensgesellschaft müssen neue Berufsbilder rascher entwickelt, bestehende Berufsbilder regelmäßig aktualisiert werden. Unser Ziel heißt: Jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche muss aus eigenem Bemühen eine Lehrstelle finden.

Mit welchen Ideen kann die Ausbildungsplatzsituation in NRW verbessert werden?

Von Barbara Steffens (GRÜNE)

Die ansteigende Zahl von Schulabgängern bis zum Jahr 2006 wird das Problem fehlender Ausbildungsplätze noch verstärken. Wir müssen uns fragen, warum die Unternehmen nicht in ausreichender



Anzahl ausbilden und ob wir zusätzliche Maßnahmen von Landesseite ergreifen können. So müssen wir zum Beispiel in einen konkreten Dialog zwischen ausbildungswilligen Unternehmen und den Schulen eintreten, um die von den Unternehmen immer wieder beklagten Defizite in der Ausbildungsfähigkeit genauer zu analysieren und gegebenenfalls zu Veränderungen in der Schule zu kommen, ohne die Lehrpläne einseitig an die Bedarfe der Wirtschaft auszurichten. Die Zahlen sind Anlass, unsere Idee der Ausbildungsplatzumlage — oder ein ähnliches Bonus/Malussystem — erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Denn erheblicher Ausbildungsplatzmangel zeigt, dass die Unternehmen ihrer Selbstverpflichtung im Bündnis für Arbeit und im Ausbildungskonsens nicht nachkommen, politisch das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung also ausgereizt ist. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen könnten in der augenblicklichen wirtschaftlich angespannten Situation von einem solchen Umlagesystem profitieren. Im Übrigen geht die grüne Landtagsfraktion mit gutem Beispiel voran: Seit dem 1. August haben wir zwei Ausbildungsplätze für den Abschluss „Kaufrau für Bürokommunikation“ eingerichtet und besetzt.

Polizei erhält sichere Schutzkleidung, geleaste Streifenwagen und bessere PC

Der Landtag überwies den SPD-/GRÜNE-Antrag „Verwaltungsmodernisierung in der Polizei – Fehlentwicklungen vorbeugen“ (Drs. 13/3063) nach der Aussprache am 9. Oktober an den Ausschuss für Innere Verwaltung. In dem Antrag fordern die beiden Fraktionen unter anderem die Beschaffung von schussicheren Schutzwesten, Einsatzanzüge mit Protektoren, Leasing von Funkstreifenwagen und die Umsetzung der „Sicherheitspakete“ als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 und beziffern die Kosten auf dreistellige Millionenbeträge.

Hans-Peter Meinecke (SPD) erklärte, als Teil der Inneren Verwaltung sei die Polizei an Recht und Gesetz sowie die Überprüfbarkeit ihres Handelns gebunden. Innere Sicherheit könne sie aber nur bei guter Ausbildung und positiver Motivation sowie moderner Ausstattung garantieren. Besondere Belastungen durch Gewalt und Verbrechen führten oft zu Gewöhnung an Abgründe der Gesellschaft und zum Diensterleben als Schutzgemeinschaft mit Elitebewusstsein und der Bereitschaft zur Selbstjustiz. Falsche Entwicklungen müssten rechtzeitig erkannt werden. Nach der großen Organisationsreform gebe es zu viele Vorgesetzte und interne Dienste.

Monika Düker (GRÜNE) hielt für wichtig, schonungslos aufzuklären und Konsequenzen zu ziehen. Erfahrungsgemäß gebe die Polizei Fehler und falsches Verhalten schwer zu. Der Reformprozess solle parlamentarisch begleitet werden und bei der Führungskompetenz ansetzen. Intern müsse ermittelt werden, was passiere, wenn der Kollege die Seite wechsle und wie damit umgegangen werde. Die Anzahl der Schreibtische bis zum Chef sei zu hoch. Den GRÜNEN liege auch die Schnittstelle Polizei/Bürger sehr am Herzen. Die Wirkung von Namensschildern solle getestet werden.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) bemängelte im SPD-/GRÜNE-Antrag eklatantes Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit. Die Berufsbild-Studie enthalte Klagen über schlechte Ausstattung, polizeifremde Arbeiten, ungerechte Beförderungen und viele organisatorische Änderungen. An der Wirklichkeit bei der öffentlichen Sicherheit komme man nun nicht mehr vorbei. Es gebe in NRW sie-

ben Millionen Überstunden. Dafür sei die Landesregierung verantwortlich. Die Polizei brauche nachhaltige und verlässliche Strukturen.

Horst Engel (FDP) erklärte, die Polizei-beamtinnen und -beamten leisteten ausgezeichnete Arbeit und verdienten allen Respekt. 49 000 Polizeiangehörige schauten aber auf die politische Führung und den Antrag der Regierungsfaktionen, aus dem das schlechte Gewissen Bände spreche. Zur Forderung, für 38 Millionen Euro schussichere Westen anzuschaffen, seien die beiden Fraktionen durch schreckliche Morde an drei Polizisten getrieben worden. Bei Schutzanzügen seien die NRW-Einsatzzüge jahrelang blamiert gewesen gegenüber anderen Bundesländern. Bei Informationstechnologie müsse Vollvernetzung her. Engel fragte nach vielen Softwarefehlentwicklungen und dem richtigen Einsatz von Steuergeldern. Er stellte konzeptionelle Inkompetenz sowie Steinzeit-Systeme fest.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sagte, auf die hoch qualifizierte und bürgernahe Polizei müssten sich Bürgerinnen und Bürger auch künftig verlassen können. Der Antrag setze die richtigen Zeichen für flexible und langfristige Qualitätssicherung. Künftigen Anforderungen durch Globalisierung und Technik müsse eine modern ausgerüstete Polizei gerecht werden. Für 1 700 Aufstiege in den gehobenen Dienst fielen 2002/3 Mehrausgaben von 2,8 Millionen Euro an. Die Weichen für modernste Ausstattung seien gestellt. Hinzu müssten Konzepte zur Personalführung und



Wacheschieben vor dem Landtag: Nach dem 11. September vergangenen Jahres ist die Polizei verstärkt präsent, um das Landesparlament zu sichern.
Foto: Schälte

Steuerung kommen. Nicht sieben, sondern eine Million Überstunden würden vergütet, andere Mehrarbeit werde durch Freizeit ausgeglichen. Im Jahr 2002 habe es 260 Seminare mit fast 20 000 Teilnehmertagen gegeben. Polizisten seien letztlich Menschen, und Menschen seien fehlbar. Daran änderten alle Verbesserungen nichts.

Theodor Kruse (CDU) sah die Schwachstellen in NRW bei der Politik. Er zählte Kreispolizeibehörden auf, die für ausreichende Sicherheit keine Haushaltsmittel mehr hätten, und zitierte aus einem „Maulkorberlass“ vom 3. Juli, Berichten über Einschränkungen polizeilicher Tätigkeit energisch entgegenzutreten.

Neue Befugnisse für Polizei und Ordnungsbehörden

Den Regierungsentwurf zur Änderung des Polizei- und des Ordnungsbehörden-gesetzes (Drs. 13/2854) überwies der Landtag nach der 1. Lesung in die Ausschussberatung. Er regelt unter anderem Rasterfahndung und Videoüberwachung neu und setzt Maßnahmen in Folge der Anschläge des 11. September 2001 um. Außerdem werden Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt ermöglicht. — Ebenfalls in die Ausschussberatung überwies der Landtag den CDU-Antrag „Sicherheit braucht bessere Rahmenbedingungen für die Polizei“ (Drs. 13/3009). Er enthält acht Forderungen, die von Axel Wirtz (CDU) erläutert wurden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erläuterte, die Gesetzesänderungen setzten mustergültig die bei-

den Sicherheitspakete des Bundes um. Die Rasterfahndung werde bahnbrechend neu formuliert.

Jürgen Jentsch (SPD) hielt die Änderungen für notwendig und ausgewogen. **Karl Kress** (CDU) meinte, das Bielefelder Pilotprojekt habe erwiesen, dass Videoüberwachung mehr Sicherheit bringe. **Horst Engel** (FDP) sagte, die Änderungen ließen ahnen, welchen personellen und technischen Mangel die Regierung inzwischen verwalte. **Monika Düker** (GRÜNE) erklärte, Videoüberwachung sei nicht flächendeckend beabsichtigt und auch keine Wunderwaffe.

Integrationsförderung – der alte Schwung ist noch da und soll genutzt werden

Ein gutes Jahr nachdem sich die vier Landtagsfraktionen auf eine gemeinsame Integrationsoffensive geeinigt hatten, legt die CDU dem Parlament einen Gesetzentwurf (Drs. 13/3014) vor, mit dem sie die von allen gewünschte verbesserte Eingliederung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger befördern will. Bevor der Landtag das Gesetz einstimmig an den federführenden Ausschuss für Migrationsangelegenheiten und neun weitere Ausschüsse überwies, wurden in der Debatte Meinungsunterschiede darüber deutlich, ob das von der Union behauptete Defizit bei der Integrationsförderung im Lande so gegeben ist und ob es eines Gesetzes bedarf, um die von allen gewünschten Fortschritte bei der Integration voranzutreiben.



Thomas Kufen (CDU)



Vera Dedanwala (SPD)



Dr. Ute Dreckmann (FDP)



Sybille Haussmann (GRÜNE)

Jamal Karsli (fraktionslos)
Fotos: Schalte

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, lobte das Integrationskonzept, auf das sich die vier Fraktionen im vergangenen Jahr in einer großen gemeinsamen Anstrengung geeinigt hätten. Nach diesem Durchbruch müssten jetzt weitere Schritte unternommen werden. Seine Fraktion habe diesen Gesetzentwurf vorgelegt, damit die Integrationspolitik einen rechtlich verbindlichen Rahmen erhält. Man wolle auch erreichen, dass mehr geschehe als das, was die Landesregierung in den letzten Jahren getan habe. Es gehe darum, diejenigen, „die zu uns gekommen sind und rechtmäßig und dauerhaft hier bei uns leben, besser in die Gesellschaft zu integrieren“, erklärte Rüttgers („Wir müssen verhindern, dass es weiterhin unverbundene Parallelgesellschaften in diesem Lande gibt“) und lud die Fraktionen ein, an der Arbeit an diesem Gesetz mitzuwirken.

Vera Dedanwala (SPD) urteilte, das Thema verdiene einen gemeinsamen Weg anzustreben: „Wir haben das einmal geschafft, ich bin ganz sicher, wir schaffen das auch ein zweites Mal.“ Sie verband allerdings ein Fragezeichen mit dem Vorschlag, wie die CDU die Kostenfrage etwa von Sprachkursen zuungunsten des Landes und zugunsten des Bundes lösen möchte.

Der Konsens sei noch da und zu spüren, der durch die Integrationsoffensive erzeugt worden sei, erklärte die Sprecherin und hielt nichts davon, dem mit wenig Personal arbeitenden Integrationsbeauftragten des Landes die Pflicht zu einem Bericht über den Stand der Integrationsbemühungen aufzuerlegen; das solle weiterhin der zuständige Minister tun.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) vermisste bei der Landesregierung den viel beschworenen Schub, den mit der gemeinsamen Einigung über die Integrationsoffensive im Landtag erwartet habe. Außer der Einrichtung der Stelle eines Integrationsbeauftragten und fünf Millionen Euro, die für die Sprachförderung an 900 von insgesamt landesweit 9 500 Kindergärten ausgegeben werden sollen, „ist eigentlich nichts passiert“. Dafür werde beim muttersprachlichen Unterricht an Schulen gespart, beklagte sie und nannte ein Beispiel aus Bochum. Dieses Gesetz sei wichtig, weil die Landesregierung den Auftrag der Integrationsförderung nicht richtig ernst nehme.

Sybille Haussmann (GRÜNE) zeichnete ein anderes Bild der Arbeit der Landesregierung: Es gebe Maßnahmen und Projekte auf vielen Ebenen. Über den Gesetzentwurf sei noch zu reden, denn der stelle für sie „eine Mischung aus Integration, Repression und Berichtswesen dar, was letztlich einen enormen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen wird“ — wo bleibe da der Bürokratieabbau? Es gehe nicht an, einen Ausländer oder eine Ausländerin mit einem erkannten sprachlichen Defizit nicht eher „aus den Fängen“ zu lassen, bis man sie zur Integration gezwungen habe. „Wir sollten erst einmal anfangen, ein vernünftiges Angebot zu schaffen.“

Jamal Karsli (fraktionslos) sah in der Folgenlosigkeit der einstimmig vom Landtag beschlossenen Integrationsoffensive eine „Beleidigung für das Parlament und seine Mitglieder“ durch die Landesregierung. Er kritisierte am vorliegenden Entwurf die Regelung, dass er etwa Flüchtlinge und Asylbewerber von Integrations-

maßnahmen ausschließen will. Die Angebote dürften nicht kostenpflichtig für die sein, die sie in Anspruch nehmen. Auch die Gesellschaft müsse sich der Integrationsaufgabe stellen.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) rechnete vor, das Gesetz der CDU würde dem Land neben den bereits veranschlagten 27,5 Millionen Euro im kommenden Jahr weitere 25 Millionen aufbürden. Man sollte aber erst abwarten, bis die durch Bundesrecht vorgegebenen landespolitischen Gestaltungsspielräume klar sind, verlangte der Minister. Schartau zählte die unterschiedlichsten Fördermaßnahmen auf und wies damit die Aussage zurück, dass die Landesregierung nichts oder zu wenig getan habe.

Thomas Kufen (CDU) fand, in Sachen Integration sollte nicht länger gewartet, sondern gestartet werden. Der vorgelegte Gesetzentwurf bringe mit seinem Maßnahmenkatalog eine neue Qualität und Verbindlichkeit in die Debatte. Damit setze sich die CDU „erneut an die Spitze der Integrationsbewegung“.

Manfred Degen (SPD) hielt der CDU entgegen, sie habe bei der Integration „jahrelang im Bremserhäuschen gesessen“. Ob man ein eigenes Integrationsgesetz benötige oder ob die Weiterentwicklung bestehender Gesetze ausreicht, werde man in den Ausschüssen noch zu erörtern haben.

Karl Peter Brendel (FDP) fand es erforderlich, den vorgelegten Entwurf weiter zu konkretisieren und an einigen Punkten zu überarbeiten, weil er hier und da handwerkliche Fehler aufweise.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) fand es komisch, sich einerseits an die Spitze der Bewegung zu stellen, andererseits aber im Bundesrat zu verhindern, „dass in der Bundesrepublik Deutschland die gesellschaftliche Wirklichkeit endlich nachvollzogen wird“.

Jutta Appelt (CDU) monierte unter Hinweis darauf, wie wichtig die frühkindliche Sprachförderung ist, dass hier in NRW zu wenig geschehe. Es habe sich erwiesen, dass Migrantenkinder kaum Sprechdefizite bei der Einschulung hätten, wenn sie zuvor zwei Jahre oder länger einen Kindergarten besucht haben.

Britta Altenkamp (SPD) fand spannend festzustellen, zu welchen Punkten der CDU-Entwurf nichts sagt, etwa zur Frage der Beteiligung von Migranten an der Lokalpolitik oder zu den Ausländerbeiräten und ihren Mitwirkungsmöglichkeiten auf örtlicher Ebene. Die Fortschritte seit der Integrationsoffensive sollten nicht klein-geredet werden.

Opposition fordert Nachtragshaushalt 2002 – Regierung lehnt ab

Den CDU-Antrag, unverzüglich einen Nachtragshaushalt 2002 vorzulegen, lehnte die Landtagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN nach der Aussprache gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Winfried Schittges (CDU) begründete die Forderung mit einem zu erwartenden Einnahmeausfall von 1,5 Milliarden Euro und schwachem Wirtschaftswachstum. Die Haushaltssperre reiche bei weitem nicht aus. Neuverschuldung sei unvermeidbar, verstoße aber gegen die Verfassung.

Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt dagegen die Kontrolle der Ausgaben durch die Haushaltssperre für den richtigen Weg und sprach dem Finanzminister dafür großen Respekt aus. Wegen der Einnahmen sei die Steuerschätzung im November abzuwarten.

Angela Freimuth (FDP) erinnerte an 2001, als die Einnahmen um drei Milliarden Mark von den Ansätzen abgewichen seien. Die Hoffnung auf das 4. Quartal sei der letzte Strohalm. Die ausgestreckte Hand der Opposition bei der Haushaltskonsolidierung zurückzuweisen, sei nicht konstruktiv.

Edith Müller (GRÜNE) sagte, an der Spekulation über die Einnahmen beteilige sich ihre Fraktion nicht. Ein Nachtragshaushalt komme nicht infrage.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) räumte ein, die Haushaltsentwicklung im Jahr 2002 habe sich gegenüber den Sollannahmen deutlich geändert. Die Haushaltssperre werde die Mindereinnahmen nicht vollständig kompensieren. Er sei juristisch auf der völlig sicheren Seite. Ein Nachtragshaushalt würde nichts verändern. Er hoffe auch auf Einsparungen aus dem Länderfinanzausgleich und Zerle-

gungseffekte bei Körperschaftsteuerfällen. Das deutsche Steuersystem müsse aus der Schiefelage heraus, dass Arbeit mit Steuern immer weiter vollgeknüpelt werde und Vermögen und Kapital weniger herangezogen würden. Er werde keinen Nachtragshaushalt vorlegen.

Helmut Diegel (CDU) erklärte, die CDU habe schon vor einem halben Jahr geschönte Zahlen bei den Einnahmen erkannt. Der Minister solle die Zahlen nennen, die zu Korrekturen zwingen würden. Er sehe keine Reserven, und Reste gebe es auch nicht. Bei unrealistischen Einnahmen müsse die Opposition möglicherweise den Haushaltsvollzug gerichtlich prüfen lassen.

Dr. Stefan Grüll (FDP) plädierte für Prioritäten im Haushalt und hielt für notwendig, auch an gesetzliche Leistungen heranzugehen und Subventionen abzubauen. Die FDP fordere zusätzlich ein Haushaltsbegleitgesetz.



Austausch von Überlegungen während der Plenardebatte, v.l. Sylvia Löhrmann, Vorsitzende der GRÜNE-Fraktion, Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, Horst Engel, FDP-Abgeordneter. Fotos: Schälte

Kein NRW-Polizeibeauftragter, wie von der FDP vorgeschlagen

Innenminister richtet sozialwissenschaftlichen Dienst bei Polizei ein

Den FDP-Antrag, in NRW einen Polizeibeauftragten zu bestellen (Drs. 13/2993), überwies der Landtag nach der Aussprache am 9. Oktober in die Ausschussberatung, federführend an den Innenausschuss.

Horst Engel (FDP) erläuterte, die FDP wolle mit der Bestellung eines Polizeibeauftragten in NRW endlich einen Bypass liefern, der Fehlentwicklungen rechtzeitig außerhalb des Dienstweges an den Landtag bringe, um kostspielige Reparaturmaßnahmen zu vermeiden. Die Grenze der Belastbarkeit sei erreicht. Mobbing und Bossing seien keine Einzelfälle. Auf den Wachen herrsche eine Unkultur des Wegsehens. Missstände fänden erst Beachtung, wenn es zu spät sei. Die Instrumente reichten nicht aus.

Ursula Bolte (SPD) hielt dagegen, mit dem Polizeibeauftragten seien Kosten

und ein neuer Apparat verbunden. Auch werde die Grenze zwischen Legislative und Exekutive vermischt, wenn der Landtag Mittler zwischen Polizei und Minister sein solle. Es gebe bereits zahlreiche Beschwerdemöglichkeiten. Vor Generalisierung von Burnout-Symptomen in einer Großstadtpolizeiinspektion werde gewarnt.

Theodor Kruse (CDU) erkannte an, dass nun alle Fraktionen die Arbeitsbedingungen der Polizei verbessern wollten. Der tief sitzende Frust könne aber nicht mit einem Polizeibeauftragten beseitigt werden. Es gebe schon ein inflationäres Beauftragtenwesen. Das müsse geprüft und abgebaut werden.

Monika Düker (GRÜNE) sprach sich dafür aus, Fehlentwicklungen, Einzelfälle und das Vorgehen im Parlament intensiv zu behandeln. Die Studie gebe einen ehrlichen Inneneinblick. Wenn

sich ganze Dienstgruppen abschotteten und das Aufdecken von Missständen unmöglich werde, müsse man sich damit befassen. Ein zweiter Bereich sei die Schnittstelle zwischen Bürger und Polizei, was die FDP völlig ausblende. Die Abgeordnete sprach sich für bessere Fortbildung, das Rotationsprinzip, flachere Hierarchien und ein vernünftiges Beschwerdemanagement aus.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) warf dem FDP-Redner einen zu engen Blick vor. Es gebe Defizite und auch Frust, aber die Polizei insgesamt sei überwiegend zufrieden, arbeite hoch belastet und engagiert. Bei der Polizei seien Konflikte und Mobbing nicht schlimmer als in anderen Verwaltungen. Kurzfristig werde ein sozialwissenschaftlicher Dienst der Polizei NRW eingerichtet, vor allem für Supervisionen für besonders belastete Dienststellen und Coaching von Führungskräften.

Union: Wirtschaft mitten in der Rezession Koalition warnt vor weiterem „Schlechtreden“

Fundamentale Gegensätze in der Einschätzung und Polemik in der Form prägten die Debatte über das Thema „NRW steckt mitten in der Rezession“. Die CDU-Fraktion hatte für den 11. Oktober die Aktuelle Stunde unter diesem Motto beantragt.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, kritisierte die Rolle des Landes als Schlusslicht bei Wirtschaftswachstum der Bundesländer — da sei es „toll“, dass derjenige, „der die Hauptverantwortung für diese desolante wirtschaftliche Situation trägt, jetzt in Berlin das richten soll, was er hier in Nordrhein-Westfalen versäumt hat oder wobei er versagt hat“. Die Daten für das Land bewiesen: „Wir haben in NRW Rezession und nicht nur Stagnation.“ Wann eigentlich tue die Landesregierung etwas mehr für Wachstum und Beschäftigung und im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit? Statt gezielter Maßnahmen zu Aufschwung und Strukturwandel sah Rüttgers bei der Wirtschaftsförderung nur „Vetternwirtschaft“ und „Sumpf“, in dem die Wirtschaft nicht gedeihen könne. Es gehe bei der Aktuellen Stunde um eine Zwischenbilanz vor der Wahl des neuen Ministerpräsidenten, der mit der „Erblast des Herrn Clement“ zu kämpfen habe.

Werner Bischoff (SPD) prophezeite der Union, sie werde weiter auf den Bänken („wo Sie hingehören“) sitzen bleiben, auf denen der Opposition und sich die Zähne am Nachfolger Clements ausbeißten. Die Situation des Landes, das sei einzuräumen, sei im ersten Halbjahr 2002

nicht zufrieden stellend. Viele Wirtschaftsbereiche hätten eine negative Entwicklung, nur wenige entwickelten sich überdurchschnittlich gut. Das sei als besondere Herausforderung zu begreifen, fand der Sprecher und wies auf die Lage in Baden-Württemberg hin: Dort habe es im selben Zeitraum ein Minus von 0,9 Prozent gegeben. Er führte die weltwirtschaftlichen Faktoren auf, die die Wirtschaft hierzulande negativ berührten und machte darauf aufmerksam, dass NRW in den letzten zehn Jahren beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts positive Zahlen aufweist.

Dr. Gerhard Papke (FDP) monierte, dass der amtierende und der designierte Ministerpräsident bei „dieser zentralen Zukunftsdebatte“ nicht anwesend seien: Der neue Berliner Super-Minister hinterlasse im Lande in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik eine „Superscherbenhaufen“. Jahr für Jahr werde die Hälfte des Wirtschaftshaushalts in den klinisch toten Bergbau gepumpt; die Mittelstandsförderung sei seit 1997 um 50 Prozent reduziert worden. Clements Amtsnachfolger solle dessen Politik genau studieren — „dann weiß er exakt, wie er es nicht machen darf“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) stellte fest: „Wir haben keine Rezession.“ Die Union wolle nur die wirtschaftliche Lage des Landes herunterreden. Allerdings ohne eigene Alternativen und Konzepte. Dem Oppositionsführer Rüttgers fehle die Wirtschaftskompetenz. Rüttgers sei zusammen mit dem ehemaligen Kanzler Kohl dafür verantwortlich gewesen,

„dass die Karre in Deutschland in den Dreck gefahren worden ist“. Angesichts des Konjunkturtals, das NRW wie andere Länder derzeit durchlaufe, führe die Union ein solches „Parlamentstheater“ auf. Die Wirtschaft des Landes sei in schwerem Fahrwasser, aber wenn die Krisenregion Ruhrgebiet herausgerechnet werde, dann entwickle man sich hier so gut und genau so schlecht wie das durchschnittliche Wachstum der anderen Bundesländer.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) machte weltwirtschaftliche Entwicklungen und die in Deutschland herrschende „Liberalisierungsideologie“ für negative Wirkungen auf das Land verantwortlich. Obwohl die Landesregierung Standorte stabilisiere und Unternehmen ansiedle, komme es zu Einbrüchen. Das Land fördere den Mittelstand — der Minister führte dazu eine ganze Reihe von Maßnahmen und Programmen an — aber was könne es tun, wenn sich die Banken („teilweise in einem erbärmlichen Zustand“) aus der Finanzierung des Mittelstands mehr und mehr zurückzögen?

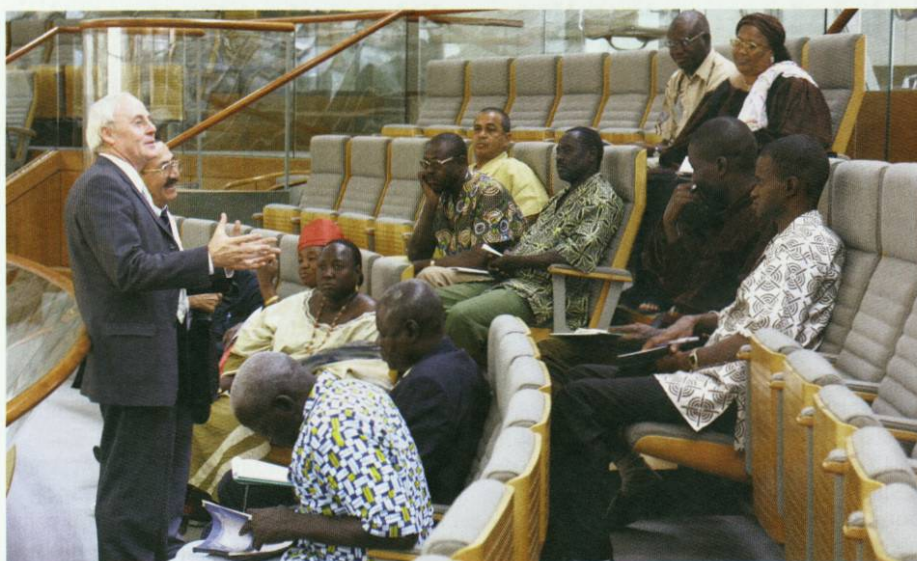
Hermann-Josef Arentz (CDU) verlangte von der neuen Bundesregierung: Verzicht auf die geplanten Verschlechterungen beim Ehegatten-Splitting, auf die Verringerung der Entfernungspauschale, auf die Verkleinerung des Sparerfreibetrags, Weiterentwicklung der Ökosteuer und der Erbschaft- und Vermögensteuer.

Helga Gießelmann (SPD) warf der CDU vor, mit ihrer Schlechtederei nehme sie in Kauf, „dass die auch im Konjunkturabschwung nötige Zuversicht von Investoren und Konsumenten zerstört wird“.

Christian Weisbrich (CDU) wandte sich dem Beispiel des von ausländischen Investoren geplanten und von der Landesregierung abgelehnten Gas- und Dampfkraftwerks zu: Was sei das für eine Politik, „die ausländische Unternehmen mit bürokratischen Tricks an Investitionen hindert, um heimische Altstrukturen zu schützen?“

Marianne Thomann-Stahl (FDP) nannte NRW als Wirtschaftsstandort unattraktiv: Hier würden eher Radwege als die Flughäfen ausgebaut, aber Infrastrukturlücken nicht geschlossen.

Dr. Helmut Linssen (CDU) ging auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft ein: Der würden durch eigene nationale Maßnahmen neue Gewichte an die Füße gehängt, obwohl jeder wissen müsse, dass so etwas die Chancen im weltweiten Wettbewerb verschlechterte. Früher seien von 100 Mark im Landeshaushalt 23 investiert worden, heute seien es noch — umgerechnet — 9,30 DM. Bevor man auf andere verweise, sollten sich die Verantwortlichen „an die eigene Nase fassen“.



Gäste aus Westafrika haben den Landtag besucht und Gespräche über den förderativen Aufbau der Bundesrepublik und über Fragen der Ernährungs-, Umwelt- und Energiepolitik geführt. Als Teilnehmer an einem Seminar der Katholischen Akademie Klausenhof in Hamminkeln wurden sie im Landesparlament vom Bocholter Abgeordneten Heinrich Kurse (l., CDU) begrüßt, der auf diesem Bild den Gästen aus Mali, Togo, Niger, Burkina Faso und Senegal den Plenarsaal und die Arbeit des Landtags erläutert. Foto: Schälte

Korruptionsbekämpfung:**Koalition: „Union soll ihre Taktik der Verweigerung endlich aufgeben“**

Die GRÜNEN haben der CDU vorgeworfen, dass sie landes- und bundesweit den Kampf gegen die Korruption blockiert. Im Rahmen einer von der GRÜNE-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde am 9. Oktober warfen ihre Sprecher der Union vor, sie habe in der Sache nichts als Lippenbekenntnisse zu bieten. Die angegriffene Fraktion zeigte sich überrascht über die Vorwürfe und wies sie zurück: Sie entbehrten jeder Grundlage.

Monika Düker (GRÜNE) erinnerte an die Bemühungen des Landes, nach dem Korruptionsskandal um den Bau einer Kölner Müllverbrennungsanlage im Lande gezielt gegen Korruption vorzugehen. Dazu sei im Sommer der Untersuchungstab gegründet worden, der als „Task Force“ im Vorfeld strafprozessualer Ermittlungen Hinweisen aus dem kommunalen Raum nachgehen solle. In Krefeld, wo es eine Müllverbrennungsanlage gibt, die erweitert werden soll, habe nach einem Zeitungsbericht der CDU-Fraktionsvorsitzende im Rat diese Arbeitsweise mit dem Vorgehen der Nazis verglichen: Da habe es die „Sippenhaft“ gegeben. Düker: „So kommen wir in der Korruptionsbekämpfung nicht weiter“. Im Bundesrat schließlich habe die Union die Einführung des Korruptionsregisters auf Bundesebene verhindert, das es in NRW schon seit 1999 gebe. Die Landes-CDU sollte ihre Vertreter in Stadt- und den anderen Länderregierungen überzeugen, schloss Düker, „dass dies der falsche Weg ist“.

Jürgen Jentsch (SPD) warf der Union vor, sie habe mit ihrem Verhalten im Bundesrat für „Rechtsstillstand“ gesorgt, das werde man ihr im Lande nicht durchgehen lassen: Entweder die CDU sage hier ja zur umfassenden Korruptionsbekämpfung „oder aber Sie lassen alles beim Alten und öffnen damit weiterhin Tür und Tor für korrupte Amtsträger und illegale Geschäftemacher“. Auch müsse man sich von der Krefelder Äußerung distanzieren und ihre Fraktionen in den Kommunen ermuntern, die Korruptionsbekämpfung zu unterstützen. Warum scheue sich die CDU vor dem Register: „Wollen Sie Unrecht zum rechtsstaatlichen Handeln erklären“, fragte er die CDU-Fraktion.

Winfried Schittges (CDU) machte die Relationen deutlich: In NRW gebe es 18

Müllverbrennungsanlagen, „in einer einzigen, nämlich in Köln, sind diese Vorwürfe sichtbar geworden“. Die Krefelder Privatisierungsentscheidung in Sachen Abfallentsorgung sei unter rot-grüner Mehrheit getroffen worden, die jetzige CDU-Mehrheit im Rat habe „überhaupt keine Veranlassung, etwas zu blockieren, zu vertuschen, zu verbergen oder ein politisches Fehlverhalten gegen sich wirken zu lassen“. Im Übrigen gebe es rechtsstaatliche Zweifel an der Grundlage der Arbeit der Korruptionsermittler: ein bloßer Beschluss der Landesregierung reiche nicht, dazu bedürfe es eines Gesetzes. Auch müsse ein konkreter Verdacht vorliegen, um mit den Instrumenten der Strafprozessordnung kommunale Verfahren überprüfen zu können.

Dr. Robert Orth (FDP) fragte, wer hier eigentlich was blockiert. Erst ein halbes Jahr nach Köln sei die Task Force ins Leben gerufen worden — Zeit genug, „um Akten wegzulegen, neu zu sortieren, sich neu zu strukturieren“. Das geeignete Personal für die Aufgabe habe man lange suchen müssen. Auch die Rolle der Genehmigungsbehörden, der Regierungspräsidenten, sei zu beleuchten. Das umstrittene Korruptionsregister beachte einen Pfeiler unseres Rechtssystems nicht, die Unschuldsvermutung; die Folge seien Willkür und kein Rechtsstaat.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bedauerte die ablehnende und parteipolitisch motivierte Haltung der unionsgeführten Bundesländer zum bundesweiten Korruptionsregister: Verwaltungshandeln und politische Entscheidungen dürfen nicht käuflich sein, sonst funktionieren Demokratie und soziale Marktwirtschaft nicht. Die Verweigerungshaltung von CDU und FDP schade allen, die sich an die Spielregeln halten. Der Untersuchungstab, den das Land eingerichtet habe, gehe mehreren Hinweisen nach; damit wirke er gegen die Pauschalverdächtigungen, die gegen Verwaltungen und politische Entscheidungsträger laut geworden seien, und unternehme etwas gegen die Meinung, Deutschland sei inzwischen zur „Bananenrepublik“ verkommen. Wenn der Stab im vorprozessualen Raum arbeite, dann sei klar, dass er den Fall bei tatsächlichen Anhaltspunkten für strafbares Verhalten sofort an die Staatsanwaltschaft abgebe.

Theodor Kruse (CDU) wies den Vorwurf, die CDU blockiere die Korruptionsbekämpfung, entschieden zurück, unter

Hinweis auf zahlreiche Initiativen, die seine Fraktion in dieser Sache in den letzten Jahren gestartet habe. Der Widerstand der Union im Bundesrat habe gute Gründe; nicht gegen das Register, sondern gegen die Form: Sie ermögliche Willkür von Verwaltungsbeamten gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen schwarzen Schafen. Zum Kampf gegen Korruption benötige man funktionierende Behörden; dazu fehle aber seit Jahren im Lande der politische Wille.

Hans Krings (SPD) nannte die Bedenken der Union „an den Haaren herbeigezogen“; es seien Spitzfindigkeiten und Parteitaktik. Darum habe man diese Initiative noch vor der Bundestagswahl kapputtgemacht. Wenn man nicht zusammenstehe, warnte er, dann sei es zu mafiosen Strukturen nicht mehr weit.



Angela Freimuth (FDP) erläuterte, ihre Fraktion wolle das Grundübel Korruption, Bestechlichkeit, Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung nachhaltig und effizient bekämpfen. Aber man dürfe bei dieser bundesgesetzlichen Regelung „nicht im Schweinsgalopp in einem sehr übereilten Verfahren rechtsstaatliche Prinzipien leichtfertig aufgeben“.

Johannes Rimmel (GRÜNE) forderte die Kommunen auf, die Arbeit der Task Force nicht zu behindern. Auch die privaten Unternehmen sollten die Chance sehen und Zugang zu ihren Unterlagen gewähren. Rimmel: „Wir brauchen mehr Offenheit und Transparenz — gerade in der Abfallwirtschaft.“ Korruptionsbekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



Vorstandsvorsitzender Michael Kranz (Mitte) hatte den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags zur Klausurtagung in die Sparkasse Bonn eingeladen. Er dankte dem Landtag für die Änderung des Sparkassenrechts, die seinem Institut (Jahresbilanz 5,6 Milliarden Euro) die Fusion über die Landesgrenze hinaus ermöglichte. Die Sparkassen hätten die Umwandlung zum Produktvertrieb geschafft und blieben Marktführer, meinte er, hier vor seinem Grußwort zum Tagungsbeginn mit Finanzminister Peer Steinbrück (l.) und Ausschussvorsitzendem Volkmar Klein (CDU).



Ministerialdirigent Dr. Günter Berg weiß alles und sagt alles, wenn man ihn fragt. Er ist der König der Zahlen im Landeshaushalt und kann Ansätze und Erläuterungen überzeugend begründen.



Ministerialdirigentin Angelika Marienfeld (neben Leitendem Ministerialrat Jörg Hansen) ist zuständig für Bürgerschaftsangelegenheiten, Garantien, Beteiligungen des Landes und einzige Frau unter sechs Abteilungsleitern.



Rolf Kraehmer (r. im Gespräch mit CDU-Sprecher Helmut Diegel) ist Ansprechpartner des Unterausschusses Landesbetriebe und Sondervermögen des HFA. Er begleitet seit drei Jahren die Gründung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW und die Umwandlung von sieben Landesämtern in Landesbetriebe.

Im Vorfeld der parlamentarischen Haushaltsberatungen nutzten die Abgeordneten auch die Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Minister, dem Staatssekretär und dem Führungspersonal des Finanzministeriums. Gleich anfangs wurden außer Terminproblemen weitere Zwänge deutlich. Die Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche mit den „Spiegelreferenten“ des Ministeriums sollen bereits am 15. November den Fachausschüssen vorliegen. Jedoch kündigte Finanzminister Peer Steinbrück für Anfang Oktober eine 1. und nach der nächsten Steuerschätzung Mitte November eine 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2003 an. Das mache es den Finanzpolitikern, klagte CDU-Sprecher Helmut Diegel, eigentlich unmöglich, die Ausgabenplanung für das kommende Jahr zu beurteilen.

Die Frage von Helmut Diegel, ob denn die 100 Millionen Euro für den Verkauf von Anteilen an der Landesentwicklungsgesellschaft etatreif seien, hielt der Minister für berechtigt. Michael Breuer (CDU) hatte darauf hingewiesen, dass der Spielraum bis zur Verfassungsgrenze bei der Neuverschuldung nur 74 Millionen Euro betrage. Steinbrück räumte noch Klärungsbedarf ein, hielt die Veranschlagung jedoch für absolut realistisch und sagte den Verkaufsabschluss für das 4. Quartal voraus.

Zum Thema Verschuldung antwortete er Edith Müller (GRÜNE), das von der EU-Kommission verlangte Herunterfahren der Nettokreditaufnahme (NKA) auf Null bis 2005 sei nicht realistisch, die Halbierung bis 2004 wäre möglich. Das bedeute jedes Jahr 100 Millionen Euro weniger NKA. Nach besorgten Fragen von Manfred Palmen (CDU) zu den Gemeindefinanzen meinte er, Bund und Länder würden nicht an der Gewerbesteuer rütteln. Vielmehr solle diese modernisiert werden und zu höherem Aufkommen führen,

Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann trug den Haushaltspolitikern aus Düsseldorf die Erfolge beim Strukturwandel in der früheren Hauptstadt, Finanzsorgen und als besonderes Anliegen die



Bitte vor, alle Mittel für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu bündeln, um die Angebote zu verbessern.

Klausurtagung zum F Beratungen mit vi

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) trug Klausurtagung in Bonn zusammen. In seiner Heimatstadt Bonn stammende FDP-Mitglied Dr. Stefan Gröschel unter anderem die Regierungsentwürfe der Jahre 12 und 20.

das den Kommunen belassen werde. Er dränge auf Ergebnisse bis spätestens Sommer 2003.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe „Haushaltsrecht und Haushaltsvollzug gemeinsam zukunftsorientiert gestalten“, haben sich die Haushaltspolitiker und das Finanzministerium ein ehrgeiziges Ziel vorgenommen. Diese „Arbeitsgruppe Steuerung“ will unter dem Vor-



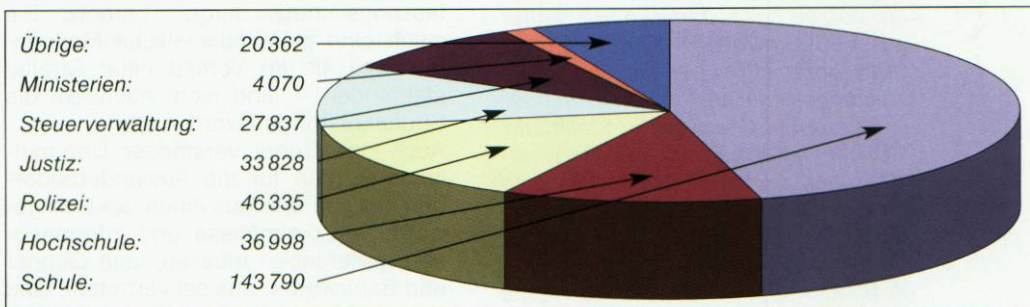
Die Bewirtschaftung der insgesamt 313 220 Stellen im Haushaltsausschuss im NRW-Landtag seit langem einer der größten Aufgaben bei einem Ad-hoc-Treffen in der Tagungspause (FDP), dem zur Wahl in den Bundestag gratuliert wurde Angela Freimuth (FDP), Achim Kaschny (SPD-Fraktion), Harald Noack (Finanzministerium), Edith Müller (GRÜNE).



Pause bei der Klausurtagung, v.l. Klaus Strehl, Erwin Siekmann (beide SPD), Referent Achim Kaschny, SPD-Sprecher Ernst-Martin Walsken, Wolfgang Dietrich, der Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle Rolf Seel und Manfred Luckey (alle CDU). Fotos: Schälte

Haushalt 2003 in Bonn Welchen Fragezeichen

am 26. und 27. September zur jährlichen Klausurtagung begrüßte der CDU-Abgeordnete Helmut Stahl das Finanzministerium, während das ebenfalls aus Bonn stammende Mitglied verhindert war. Auf der Tagesordnung standen die Beratungen zum Haushaltsgesetz 2003 und der Einzelpläne.



Stellen des Landes NRW laut Haushaltsplanentwurf 2003

Im Sitz von Helmut Stahl (CDU) die Kosten- und Leistungsrechnung im Landeshaushalt vorantreiben. Es soll auf „Produkt-haushalte“ umgestiegen werden. Das bedeutet, dass den Ausgaben der Verwaltung deren Leistungen gegenüberstehen (Output/Input), dass also die Kosten der Verwaltungsprodukte deutlich sichtbar und damit auch vergleichbar werden.



(Etatentwurf 2003) im Landesdienst hat der Hauswirtschaftlichen Unterausschuss übertragen, hier einige Mitglieder in Bonn (von vorn im Uhrzeigersinn), Dr. Ingo Wolf, CDU, Staatsreferent, Gisela Walsken (SPD), Staatssekretär Dr. ... (CDU).

Kreatives Sparen in der Steuerverwaltung

Bei der Beratung des Einzelplans 12 (Finanzministerium) kündigte Staatssekretär Dr. Harald Noack an, im Jahr 2003 würden zahlreiche kw-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) realisiert. Die Betriebsprüfung sei zum 1. Juli 2002 neu organisiert und damit die Wirtschaftlichkeit und Führungsfähigkeit verbessert worden. Die FISCUS GmbH, ein Bund-/Länder-Projekt zur Vereinheitlichung, habe zunächst die Software für Grunderwerbsteuer und Bußgeld/Strafsachen als Pilotprojekte entwickelt.

Nach vielen Klagen über zu lange Bearbeitungsdauer von Anträgen werde die Beihilfebearbeitung auf wenige Landesbehörden zentralisiert, teilte Noack mit. Trotz stetig steigender Zahl von Versorgungsempfängern (Beihilfeberechtigten) werde sich die Situation nachhaltig bessern. Nach einer Frage von Edith Müller (GRÜNE) erläuterte Ministerialdirigent Wolfgang Steller, das Ministerium habe die Verlagerung der Beihilfe-Abrechnung auf Private, zum Beispiel Versicherungen, geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass kein Anbieter so kostengünstig arbeite wie das Landesamt für Besoldung und Versorgung. Durch die Änderung der Beihilfenverordnung als Artikel II des Haushaltsgesetzes sind ab 2003 höhere Abzüge, genannt „Kostendämpfungspauschale“, als bisher vorgesehen, und zwar gestaffelt nach fünf Besoldungsgruppen zwischen 150 und 750 Euro pro Jahr (bisher 100 bis 500 Euro). Nach gedämpften Klagen von Abgeordneten der Opposition über permanente Verschlechterungen für das vorhandene Landespersonal mahnte Minister Steinbrück, alle

Fraktionen seien sich über das Absenken der Personalsteuerquote einig und sollten sich nicht durch öffentliche Debatten von Privilegierten beirren lassen. Als weitere Sparmaßnahme ist die Verlängerung der Beförderungssperre von zwölf auf 18 Monate vorgesehen. Ausnahmen gelten für Hochschulen, die am Qualitätspakt teilnehmen, und für Beteiligte am Modellversuch Budgetierung. Die Stellenbesetzungssperre von 24 Monaten bleibt mit zahlreichen Ausnahmeregelungen grundsätzlich bestehen. Einsparungen erhofft sich das Finanzministerium auch durch „gewichtende Arbeitsweise“, die Noack als „sehr kreativ“ bezeichnete. Bei weniger überprüfungsbedürftigen Steuerfällen könne Zeit gewonnen werden. Helmut Diegel (CDU) äußerte Bedenken, während Ernst-Martin Walsken (SPD) den geringsten Verwaltungsaufwand begrüßte. Die geplante Rücklage für Versorgungsleistungen (36 Millionen Euro), räumte Minister Steinbrück bei der Beratung des Einzelplans 20 ein, könne wegen des Einnahmerückgangs nicht gebildet werden.

Verfassungsschutzgesetz

Mehr Befugnissen steht eine stärkere Kontrolle gegenüber

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen — wie auf der ganzen Welt — die Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus verstärkt. Wichtiges Ziel der Maßnahmen ist dabei, mehr Informationen über terroristische Gruppen und ihre Planungen zu erhalten. Dem Landtag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, über die derzeit der federführende Hauptausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD) berät und über die er soeben zusammen mit dem Innenausschuss (Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann, CDU) eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt hat. Es sind dies der Gesetzentwurf der Landesregierung („Gesetz zur Stärkung des Verfassungsschutzes und seiner Kontrollorgane“, Drs. 13/2625) sowie der Entwurf der FDP-Fraktion mit dem Titel „Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei“ (Drs. 13/1715).

ausgestattet werden soll. Die nordrhein-westfälische Datenschutzbeauftragte Bettina Sokol sah die Erweiterung der Auskunftsbefugnisse eher als im polizeilichen Bereich liegend an; sie warnte davor, die Trennungspflicht zwischen Polizei und Verfassungsschutz ein Stück weiter auszuhöhlen. Pragmatisches Gegenargument von anderer Seite: Die erweiterten Auskunftspflichten von Banken etc. machten die Arbeit des Verfassungsschutzes effektiver und seien auch im Sinne des Datenschutzes, weil es nur um Einzelfälle bei der Verfolgung wichtiger Spuren und keinesfalls um eine Rasterfahndung gehe. Dies sagte der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Dr. Hartwig Möller. Die neuen Befugnisse seien keine polizeilichen Befugnisse, erläuterte der Abteilungsleiter beim Kölner Amt für Verfassungsschutz, Jürgen Lorentz. Sie seien eine geheimdienstliche Maßnahme, weil sie im Vorfeld einer Straftat stattfänden — und nicht nachdem die Straftat begangen worden ist.

Auch das Gebot verstärkter Übermittlungspflichten für die Ausländerbehörden, die von sich aus ihnen bekannt gewordene Erkenntnisse und Informationen weitergeben müssen, fand Gegner und Befürworter. Das sei vertretbar, fand Rudger Morsbach, Sprecher des Deutschen Richterbunds, und hielt das dafür erforderliche, überwiegend öffentliche Interesse an einer solchen Weitergabe für gegeben. Weil die Ausländerbehörden für eine solche Aufgabe nicht ausgebildet

seien, stehe zu befürchten, dass sie mehr Informationen als vom Verfassungsschutz benötigt, weitergeben, wandte dagegen Sokol ein.

Die nordrhein-westfälische Datenschützerin war es auch, die zum FDP-Vorschlag eines einheitlichen, von allen vier Fraktionen

bei Wahrung der Geheimhaltung — sei sicher im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung und effektiveren Kontrolle sinnvoll. Die Vielfalt der politischen Kontrolle des Verfassungsschutzes sei tendenziell kontraproduktiv, fand Professor Dr. Christoph Gusy von der Universität Bielefeld. Darunter könne die Kontrollfunktion leiden. Es sei zu überlegen, ob nicht das parlamentarische Gremium, das den Verfassungsschutz kontrolliere, mit der G 10-Kommission zusammengeführt wird, das sich mit den Eingriffen in das Post- und Fernmeldegeheimnis befasst. Diese Kommission, so Gusy weiter, müsse nicht nur über die Erhebung, sondern auch die Verwendung der bei der Überwachung gewonnenen Informationen beschließen; im letzten Bereich gibt es nach Gusys Meinung „Nachbesserungsbedarf“. Die Stärkung des Berichtwesens wäre für Parlament und Regierung ein erheblicher Fortschritt bei der Information über die Arbeit des Verfassungsschutzes. Dr. Burkhard Hirsch, früherer Vizepräsident des Deutschen Bundestags, nannte den FDP-Vorschlag, die G 10-Kommission und das parlamentarische Kontrollgremium zusammenzuführen, „elementar“, weil die Informationen immer stärker vernetzt würden. Mit der Zusammenlegung werde es erschwert oder unmöglich, die unterschiedlichen Gremien gegeneinander „auszuspielen“.

Feindbild

Der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Dr. Hartwig Möller, nutzte die Gelegenheit, grundsätzlich zu werden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung gehe bei den Kontrollmöglichkeiten bis an die Schmerzgrenze des Verfassungsschutzes, fand er; gegenüber den Kontrollorganen habe er nichts zu verbergen. Möller weiter: „Es sind die Extremisten und nicht die Verfassungsschützer, vor denen der Staat geschützt werden muss.“ Es herrsche allgemein Erschrecken über die Rolle Deutschlands bei der Vorbereitung der Terroranschläge in den USA — „da muss der Verfassungsschutz näher hinsehen können“.

So unterschiedlich wie die Meinungen der Experten auch ihr generelles Urteil über den Gesetzentwurf der Landesregierung: Dieser Entwurf werde ausdrücklich vom Bundesverfassungsschutz begrüßt, sagte Verfassungsschützer Lorentz. Anders Burkhard Hirsch: „Selten habe ich einen so komplizierten Gesetzestext voller inhaltsleerer Verweisungen und merkwürdiger Lücken gesehen“, meinte er und riet dazu, das Werk zu überarbeiten. Keine prinzipiellen Bedenken gegen das gesetzgeberische Vorgehen erhob dagegen Rudger Morsbach vom Deutschen Richterbund und plädierte ebenfalls für eine Zusammenlegung der Gremien.



Düsseldorfer Reihe in der Anhörung zum Verfassungsschutz (v. l.): Dr. Burkhard Hirsch, NRW-Datenschutzbeauftragte Bettina Sokol und (halb verdeckt) der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Dr. Hartwig Möller. Foto: Schälte

Befristet auf fünf Jahre, so will es die Landesregierung in ihrem Entwurf, erhält der (Landes-)Verfassungsschutz die im Bundesverfassungsschutzgesetz vorgesehenen neuen Auskunftsrechte gegenüber Banken, Finanzdienstleistern, Luftfahrtunternehmen sowie Post-, Telekommunikations- und Teledienstleistern. Danach wird überprüft, ob sich die Regelungen bewährt haben und ob der Verfassungsschutz auf Dauer mit ihnen

beschickten parlamentarischen Kontrollgremiums, dem die Behörden — bei Teilnahmerecht der Datenschützerin — einen Überblick über die Eingriffe des Staates in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in Form von Überwachungsberichten geben sollten, Stellung bezog: Es sei zwar Sache des Parlaments, über eine solche Lösung politisch zu entscheiden; die Hinzuziehung eines Vertreters des Datenschutzes —

Land spart durch EU-weite Ausschreibung 3,7 Millionen Euro weniger Stromkosten

Das Land NRW kündigt sämtliche Stromlieferverträge zum Jahresende 2002 und rechnet mit einer Einsparung von 3,7 Millionen Euro ab 2003. Das teilte Ministerialrat Dr. Giebeler (Bauministerium) im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ am 24. September auf eine Frage von Erwin Siekmann (SPD) mit.

Nachdem alle Stromversorgungsunternehmen erhebliche Preissteigerungen angekündigt hätten, habe sich das Kabinett im April für eine Ausschreibung der Stromlieferungen für alle Dienststellen des Landes einschließlich der Hochschulen, Landesbetriebe und Sondervermögen entschieden. Die Stromversorgung der Landesverwaltung sei dadurch dem Wettbewerb unterstellt worden und entspreche dem Vergaberecht im EU-Strombinnenmarkt. Die jährlichen Stromkosten von 89 Millionen Euro (1997) seien trotz Ökosteuer schon im Jahr 2000 um rund 16 Millionen Euro durch verbesserte Verträge gesenkt worden. Diese Verträge liefen Ende 2002 aus. An der EU-weiten Ausschreibung von jährlich rund 910 Millionen Kilowattstunden hätten sich, teilte Dr. Giebeler mit, zehn Unternehmen von 24 Interessen-

ten mit Angeboten beteiligt. Ein Bieter habe für alle vier Flächenlose (nach Regierungsbezirken) die günstigsten Angebote abgegeben. Für das Klinikum Aachen sei ein eigenes Los gebildet worden. Die Bearbeitung sei dem Landesinstitut für Bauwesen wegen dessen Fachkompetenz übertragen worden. Die auf Grund des Erneuerbare-Energien- und des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes ab 2003 zu erwartenden Mehrkosten lägen um rund 3,7 Millionen Euro unter dem günstigsten Angebotspreis der bisherigen Lieferanten, die ihre Verträge ohne Wettbewerb verlängern wollten. Diese Verträge müssten fristgerecht zum Jahresende gekündigt werden. Wegen eines Nachprüfungsverfahrens bei der Ausschreibung könnten die neuen Verträge noch nicht abgeschlossen werden.

Bundesbank schließt 13 Filialen in NRW

Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss, das föderale System der Bundesbank zu erhalten, fand beim Bund wenig Gehör.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) teilte während der Klausurtagung am 27. September mit, 13 Betriebsstellen in NRW würden definitiv bis 2007 geschlossen. Er selbst trage die Verschlan- kung mit. Eine andere Position nehme er jedoch ein, was die Hauptverwaltung (Landeszentralbank) betreffe. Diese habe jahrelang ein Know-how aufgebaut, auf das die Landesregierung Wert lege. Die Entscheidung sei jedoch reine Angelegenheit des Bundes.

Ernst-Martin Walsken (SPD) hatte in einer früheren Sitzung als Erfolg bezeichnet, dass im (erweiterten) Vorstand der Bundesbank vier Vertreter der Länder durchgesetzt werden konnten. Insgesamt sei zu berücksichtigen, dass die Bedeutung der Bundesbank gegenüber den Funktionen der Europäischen Zentralbank gering sei. In NRW sind 1800 Beschäftigte betroffen, für die sozialverträgliche Lösungen geplant sind (Vorlage 13/1624).

Arbeitsverdichtung und Demotivierung

In der von Manfred Palmén (CDU) geleiteten Anhörung der Berufsverbände zum Personalhaushalt 2003 im Unterausschuss „Personal“ am 8. Oktober sah Andreas Schmidt (Landesbezirk NRW des DGB) bei aller Einsicht in die Sparzwänge die soziale Balance und Grundelemente der Fürsorge als nicht voll gewährleistet an. Bei einem Einsparvolumen im Personalhaushalt in Höhe von 214 Millionen Euro und Anstieg der Versorgungslasten seien Arbeitsverdichtung und Personalabbau die Folgen.

Der DGB lehne den Aufschub der geplanten Rückstellung für einen Versorgungsfonds in Höhe von 36 Millionen Euro ab, damit nicht Lasten auf die Zukunft verschoben würden. Schmidt lehnte auch die höhere Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe ab, ebenso die Aussetzung der Altersteilzeit, insbesondere bei Polizei und Feuerwehr. Schmidt erinnerte an frühere „unfreiwillige“ Vorleistungen zur Haushaltskonsolidierung. Mit „entmutigtem und demotiviertem Personal“ ließen sich die Aufgaben des öffentlichen Dienstes kaum bewältigen.

Für den Deutschen Beamtenbund NRW forderte Meinolf Guntermann, den Stellenabbau nicht ohne gleichzeitigen Aufgabenabbau vorzunehmen. Bisher missachtet worden seien neue staatliche Aufgaben in der Umwelt-, Arbeits-

schutz- und Steuerverwaltung sowie im gesamten Justizbereich. Stellen mit kw-Vermerk dürften bei Arbeitsrückstand, Sicherheitsmängeln und zusätzlichen Aufgaben nicht wegfallen. Die Verlängerung der Beförderungssperre sei bei ohnehin drastisch verlängerten Wartezeiten ungerecht und nicht vermittelbar. Den Altersteilzeiterlass für Beamte solle der Unterausschuss wieder in Kraft

setzen, denn er diene auch dem schnelleren Abbau von kw-Stellen.

Eine Flut von gesetzgeberischen Aktivitäten zehre jegliche Ressourcen auf, heißt es in der Stellungnahme des Richtervereins der Sozialgerichtsbarkeit NRW. Jens Gnisa vom Deutschen Richterbund machte auf die positive Weiterentwicklung von sozialpolitischen Gesetzen aufmerksam, wobei jedoch hohe Folgekosten bei der Ausführung nicht bedacht worden seien.



Kritik an geplanten Einsparungen und Stellenforderungen trugen die Sprecher der Berufsverbände dem Unterausschuss Personal vor, v.l. Jens Gnisa (Deutscher Richterbund), Meinolf Guntermann (Deutscher Beamtenbund), Gregor Falkenhain (Gewerkschaft ver.di), Andreas Schmidt (Deutscher Gewerkschaftsbund) und der neugewählte Unterausschussvorsitzende Manfred Palmén (CDU).
Fotos: Schälte

Aktuelles aus den Ausschüssen

Nach der Sommerpause, Bundestagswahl und Herbstferien kommt der Parlamentsbetrieb Ende Oktober wieder so richtig in Schwung: Die Zahl der normalen Ausschusssitzungen pendelt sich ein, und die Menge der Anhörungen steigt; allein am 30. Oktober sind es drei Hearings, zu denen zahlreiche Expertinnen und Experten ins Parlament gebeten werden.

Zum Bestattungsgesetz NRW (Drs. 13/2728), hört der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales** am 30. Oktober Sachverständige an. Das neue Gesetz soll laut Regierungsentwurf veraltetes Friedhofs- und Bestattungsrecht ablösen und den Prinzipien Achtung der Totenwürde, Gesundheitsschutz und Kriminalitätsbekämpfung entsprechen (10.00 Uhr Plenarsaal).

Ebenfalls am 30. Oktober führt der **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** eine Anhörung durch, und zwar zum Regierungsentwurf eines Tarifreuegesetzes (Drs. 13/2965). Das Gesetz verpflichtet Unternehmen, bei öffentlichen Aufträgen Tariflöhne zu zahlen. Das Gesetz, von dem unter anderem fünf Prozent höhere Baukosten erwartet werden, soll bereits zum 1. Januar 2003 in Kraft treten.

Im **Ausschuss für Kommunalpolitik** werden am 30. Oktober die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 angehört.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** veranstaltet ebenfalls am 30. Oktober die 8. Weiterbildungskonferenz. Zum Thema Auswirkungen von PISA auf die Weiterbildung wurden 52 Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Verbände sowie je vier Landtagsausschüsse und Ministerien eingeladen (10.00 bis 13.00 Raum E 3 A02).

Der **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** beschloss eine weitere Anhörung, und zwar zum Regierungsentwurf eines Mittelstandsgesetzes (Drs. 13/2707). Sie soll am Montag, 4. November, stattfinden.

Hochschulgebühren und Studienkonten sieht der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/3023) vor, zu dem der **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung** am 4. November eine Anhörung im Plenarsaal durchführt.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** wird in seiner ersten Sitzung 2003 ein Expertengespräch zum FDP-Antrag „Handlungsfähigkeit gewinnen durch

nachhaltige Finanzpolitik“ (Drs. 13/2645) führen. In dem Antrag werden „Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen“ verlangt.

Dem Ausschuss für Arbeit/Gesundheit/Soziales sollen alle Anträge und Initiativen der Fraktionen zum Thema Ehrenamt überantwortet werden. Das teilte der **Kulturausschuss** nach Beratung des CDU-Antrags mit, den Landesnachweis „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ auch auf kulturelle und sportliche Ehrenämter zu übertragen (Drs. 13/2492).

Der **Ausschuss für Grubensicherheit** informierte sich bei einer Grubenfahrt am 27. September über die Entwicklung des Bergwerks West der Deutsche Steinkohle AG in Kamp-Lintfort.

Der **Unterausschuss „Personal“** des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) wählte in der Sitzung am 8. Oktober Manfred Palmen (CDU) einstimmig zum Vorsitzenden. Sein Vorgänger Helmut Stahl (CDU) hatte das Amt und ebenfalls seine Mitgliedschaft im HFA wegen seiner Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion niedergelegt.

Der **Hauptausschuss** stimmte der Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 zu.

3566-mal wurde die NRW-Polizei im 2. Quartal 2002 bei Straftaten häuslicher Gewalt um Hilfe gebeten; in 1177 Fällen wurden Wohnungsverweise und Rückkehrverbote ausgesprochen. Das teilte das Innenministerium dem **Ausschuss für Innere Verwaltung** mit.

Der **Wirtschaftsausschuss** lehnte am 25. September mit der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU den FDP-Antrag „Inakzeptabler Subventionshandel zu Lasten des Speditionsgewerbes“ (Drs. 13/2657) ab. Im federführenden **Verkehrsausschuss** findet die abschließende Beratung am 28. November statt.

Der **Verkehrsausschuss** informierte sich am 2. Oktober in Bochum und Gelsenkirchen über die interkommunale Zusammenarbeit der beiden Städte beim Nahverkehr „seit über 100 Jahren“ und nahm die Bilanz des kommunalen Unternehmens mit 2156 Arbeitsplätzen und 116 Millionen Fahrgästen sowie 25,4 Bus- und Zugkilometern im Jahr 2001 zur Kenntnis. „Kommunen erhalten für weniger Geld mehr Leistung und mehr Qualität“, sagte der Vorstand Finanzen und Marketing der BOGESTRA.

Gaskraftwerk: Jährliche Messung des Wirkungsgrads

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 25. September verneinte Staatssekretär Jörg Hennerkes (Wirtschaftsministerium) die Frage, ob die Landesregierung ein von einem britischen Konzern geplantes Gas- und Dampfkraftwerk am Chemiepark Hürth-Knapsack verhindern wolle. Die Baugenehmigung sei erteilt. Die Entscheidung liege beim Unternehmen. Der Staatssekretär ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass der versprochene Wirkungsgrad von 57,5 Prozent als Voraussetzung für die Steuerbefreiung jährlich, nicht nur einmal bei Betriebsaufnahme, gemessen werden müsse: „Wir wollen diesen Wirkungsgrad auf Dauer.“

Dem stimmte GRÜNE-Sprecher Reiner Priggen zu und empfahl wegen des Investitionsvolumens von 500 Millionen Euro weitere Gespräche mit dem Investor. Christian Weisbrich (CDU) hielt es für kontraproduktiv, wenn die Chance auf eine solche Investition und auf im Vergleich zu anderen Kraftwerken immer noch erheblich geminderte Umweltbelastung vertan würde. Selbst bei geringfügiger Unterschreitung des Wirkungsgrads würde die Steuerbefreiung wegfallen, bestätigte der Staatssekretär. Dr. Gerhard Papke (FDP) und stellte einen eindeutigen Dissens zum Bundesumweltminister fest, was den Nachweis des Wirkungsgrads durch eine Referenzanlage betrifft.

„Kahlschlag der Friedhofskultur“

In einer gemeinsamen Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Bestattungsgesetzes NRW (Drs. 13/2728) kritisieren die Bundesverbände der Bestatter, der Friedhofsverwalter und des Steinmetzhandwerks den Regierungsentwurf eines Bestattungsgesetzes NRW (Drs. 13/2728) als unzulänglich und zu bürokratisch. Sie schlagen dem Ausschuss für Arbeit/Soziales/Gesundheit, der am 30. Oktober eine Anhörung durchführt, Änderungen vor und verweisen auf andere Bundesländer. Eine Friedhofsgärtnerei aus Köln sieht im Entwurf einen „Kahlschlag der traditionell gewachsenen Friedhofskultur in Deutschland“. Ähnlich äußert sich die Evangelische Kirche: „NRW bricht als erstes Bundesland mit deutschen Bestattungstraditionen.“ Der Beisetzungszwang werde aufgehoben, die Totenruhe werde zur privaten Angelegenheit.

Offener Schlagabtausch im Ausschuss für Haushaltskontrolle

Der eine sah sich an die Inquisition erinnert (Wirtschaftsstaatssekretär Jörg Bickenbach), der andere, Michael Breuer von der CDU-Fraktion, verwahrte sich gegen „Hass-Tiraden“. Schauplatz dieser Kontroverse: Der Ausschuss für Haushaltskontrolle. Er tagte Mitte letzten Monats unter seinem Vorsitzenden Rolf Seel (CDU), um auf Drängen der CDU-Fraktion über die Rolle der Noventa bei der Stadttoranmietung zu debattieren. Fortsetzung der Debatte und ihr – vorläufiges – Ende dann am 1. Oktober. Diesmal stand das Thema „Unterrichtung über die Prüfung der Betätigung des Landes als Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mit beschränkter Haftung und Zuwendungen an diese Gesellschaft“.

Hart ging zu Beginn der ersten Ausschusssitzung Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) den FDP-Abgeordneten Dr. Gerhard Papke an: Der habe nur wegen einzelner Mängel „auf die GfW eingedroschen“. Darauf Papkes Fraktionskollege Dr. Jens Jordan (FDP): Ein Mitglied der Opposition, das sonst kein Gehör finde, müsse die Öffentlichkeit suchen. Es stehe dem Minister nicht zu, den Abgeordneten in dieser Weise im Parlament zu rügen. Auch Michael Breuer wies die Bemerkungen zurück, die der Minister über ihn und den Kollegen Papke gemacht habe; dieser Stil von „Hass-Tiraden gegen Parlamentarier“ sei abzulehnen.

Schwanhold äußerte die Vermutung, die ganze Aufregung, die die Opposition vor der Bundestagswahl an den Tag lege, sei nur mit dem Termin 22. September erklärlich: „Die Opposition macht Wahlkampf, und welche Scherben und Schäden sie dabei anrichtet, kümmert sie nicht. Es geht ihr auch nicht um die Arbeit der GfW. Vielmehr will sie mit Verdächtigungen, böswilligen und wahrheitswidrigen Unterstellungen einzelnen Mitgliedern der Landesregierung etwas anhängen“.

Der Minister forderte Bereitschaft zum Konsens: Die GfW sei ein außerordentlich wichtiges Instrument der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes. Ihm, Schwanhold, sei es in seiner parlamentarischen Arbeit noch nicht untergekommen, „dass die GfW im Rahmen eines noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahrens von Mitgliedern des Landtags in ihrer inhaltlichen Arbeit öffentlich kaputtgeredet werden soll“. Die GfW leiste, wie auch von außen bestätigt werde, ausgezeichnete Arbeit.

Im Verlauf der Debatte einigten sich die Fraktionen darauf, das Thema GfW in einer späteren Sitzung fortzuführen, an

der es dem Minister möglich sei, länger teilzunehmen. Der Minister ging, um an diesem Tag an der Kabinettsitzung teilzunehmen, sein Staatssekretär blieb. Bickenbach erbot sich vor allem die Frage, ob es gegen ihn in Zusammenhang mit den Vorfällen bei der GfW vielleicht ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gebe. Solche und weitere Unterstellungen seien für ihn „weit unterhalb der Gürtellinie“ und mit rechtsstaatlichen Verfahrensweisen nicht vereinbar; ihn gemahne das alles an das „Vorgehen der Inquisition“.

Im zweiten Punkt, der Rolle der Agentur Noventa und deren Geschäftsführer Christian Langer bei der Stadttoranmietung, teilte der Sprecher der Staatskanzlei, Horst Schneider, mit, in dieser Sache seien seitens der öffentlichen Hand keine Gelder gezahlt worden, die in den Kassen von Langer oder der Noventa gelandet wären. Die Rolle Langers habe darin bestanden, erinnerte sich Rolf Krämer vom Finanzministerium, dass er sozusagen als „Strohmann“ (bei die-

Für die Koalitionsfraktionen im Ausschuss war dagegen der angebliche „Filz-Verdacht“ längst ausgeräumt. So habe es, darauf wies Irmgard Mierbach (SPD) hin, Mitte 1998 eine vertrauliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem damaligen und inzwischen verstorbenen Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) gegeben, bei der schon damals deutlich geworden sei, dass es keine Mitwirkung des Noventa-Chefs und seiner Firma bei der Anmietung gegeben habe und dass kein Honorar gezahlt worden sei.

Fortsetzung dann am 1. Oktober in einer Sondersitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle, wieder unter der Leitung des Vorsitzenden Rolf Seel (CDU). Wieder standen Schwanhold und Bickenbach Rede und Antwort. Die versagten sie aber zum Thema „Welche Aufträge sind seitens der Landesregierung oder von Gesellschaften im Besitz des Landes in den Jahren 2000, 2001 und 2002 an Herrn Langer oder seine Agentur Noventa gegangen und war dies im



Der Minister verwahrte sich, der Ausschussvorsitzende steuerte die Sitzung durch die Klippen der unterschiedlichen Standpunkte: Minister Ernst Schwanhold (l.) und der Abgeordnete Rolf Seel (r.). Zwischen ihnen die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle.

Fotos: Schälte

sem Wort gab es Heiterkeit auf Seiten der CDU) auf Bitten von Clement mit dem Vermieter des Stadttors Vorgespräche geführt habe. Die hätten zum Inhalt gehabt zu ergründen, ob im Stadttor Etagen zur Vermietung anstünden. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass das Interesse des Mieters Staatskanzlei an diesen Räumen vorzeitig publik würde. Wenn Langer die Hoffnung gehabt haben sollte, seine Vermittlung würde sich auch geldlich rentieren, so man ihm begreiflich gemacht habe, dass diese Hoffnung sich nicht erfüllen werde. Warum Langer dann aber vier Tage später einen Vertrag der GfW erhalten habe, sozusagen einen „Dankeschön-Vertrag“, wie Helmut Diegel von der CDU meinte? Darauf Staatssekretär Bickenbach: Gegenstand dieses Vertrages seien konkrete Leistungen gewesen, „die auch erbracht worden sind“.

Einklang mit der Vergabeordnung oder vergabewidrig?“ Auf Beantwortung dieser Frage beharrte CDU-Sprecher Michael Breuer. Schwanhold reagierte kühl: Er äußere sich nur zu Punkten, die auf der Tagesordnung stünden. Wenn die Opposition weiteren Aufklärungsbedarf sehe, dann rate er ihr, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

Wolfgang Drese (SPD) und Rüdiger Sagem (GRÜNE) betonten übereinstimmend das Interesse ihrer Fraktionen, dass die bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten in der GfW-Geschäftsführung geklärt und abgestellt werden müssten. Der grüne Sprecher beantragte, die Rednerliste zu schließen. Die SPD stimmte zu, die Opposition dagegen; dem Ausschussvorsitzenden Seel blieb nach zwei noch abzuarbeitenden Wortmeldungen nichts übrig, als die Sitzung nach einer guten Stunde zu beenden.

Koalition möchte Angebote für das betreute Wohnen landesweit ausbauen

Experten sprachen im Fachausschuss

Behinderte Menschen wollen und sollen — wie andere Menschen auch — in weitgehender Selbstbestimmung und größtmöglicher Unabhängigkeit ihr Leben gestalten können. Dazu gehört auch die Entscheidung darüber, ob die Unterbringung in einem Heim unumgänglich oder der Alltag in den unterschiedlichen Formen des betreuten Wohnens gestaltet werden kann. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN weisen in einem Antrag (Drs. 13/2379) darauf hin, dass von einer Wahlmöglichkeit für bestimmte Gruppen noch nicht gesprochen werden könne: So sind im Lande für Menschen mit geistiger Behinderung 30 000 Heimplätze vorhanden; dieser Zahl steht aber nur ein Zwanzigstel an ambulant betreuten Plätzen gegenüber. Damit sich etwas ändert, verlangen sie unter anderem, die bisher getrennte Zuständigkeit für Heimunterbringung (Landschaftsverbände) und betreutes Wohnen (örtlicher Träger der Sozialhilfe wie kreisfreie Städte und Kreise) für eine Übergangsfrist zusammenzulegen und danach zu prüfen, wie weiter vorgegangen werden soll, um die bestehenden Angebotslücken beim betreuten Wohnen im Land zu schließen. — Über dieses Thema hörte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) Ende September Sachverständige und Betroffene an.

Was die Kostenentwicklung der nächsten Jahre angeht, so sagte der Sprecher des Landschaftsverbandes Rheinland voraus, dass sich bei steigender Zahl von Menschen mit Behinderungen die Aufwendungen der beiden Landschaftsverbände für Hilfen für Menschen in besonderen Lebenslagen noch in diesem Jahrzehnt auf fünf Milliarden Euro verdoppeln wird. In der geplanten „Hochzonung“, also der befristeten Übertragung der Zuständigkeit für alle betreuten Wohnformen sowie aller flankierenden sozialhilferechtlich erforderlichen ambulanten Hilfen auf die beiden Verbände, sah er die wichtigste Möglichkeit, „den kommenden Kostenanstieg der Höhe nach zu begrenzen“. Dem stimmte der Sprecher des westfälisch-lippischen Pendanten zu: Im

Geflecht zwischen stationär, teilstationär und ambulant habe es Zuständigkeitsprobleme gegeben, „Kunststücke“ bei der Einordnung seien die Folge gewesen. Darum müsse es eine einheitliche Zuständigkeit geben, verlangte er. Die kommunale Bank sah das anders. Der Landkreistag lehnte eine „undifferenzierte Hochzonung“ ab und konnte sich das nur zeitlich befristet vorstellen, weil ansonsten der bürokratische Aufwand im Widerspruch zu allen Bestrebungen zur Verwaltungsvereinfachung stiege. Der Sprecher des Städtetags betonte, nach Auffassung seines Verbandes sollte die Zuständigkeitsänderung auch die im Einzelfall erforderliche Hilfe zum Lebensunterhalt einschließen. Nach den vorgesehenen sieben Erpro-

bungsjahren sollten die Ergebnisse offen überprüft werden; ein „Automatismus“ sei abzulehnen.

Sachverständige aus den Verbänden der Arbeit mit Behinderten hielten nichts davon, das Thema zu einer reinen Finanzdebatte verkommen zu lassen, sondern darüber nachzudenken, wie der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umzusetzen ist und sich zu fragen, „unter welchen Bedingungen ist eine vernünftige Versorgung der Menschen möglich und zu gewährleisten“ (Freie Wohlfahrtspflege). Auch die Soziale Psychiatrie des Landes begrüßte die Absicht, die Trennung aufzuheben und den geplanten Schritt, Finanzverantwortung und Planung in einer Hand, zu vereinigen. Auch der Sprecher der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung wandte sich gegen ein Gespräch, das vornehmlich um Trägerschaft und Kosten kreist: Man habe die Zuständigkeit der Landschaftsverbände schon lange verlangt und fordere zudem, ein flächendeckendes Angebot gleicher Lebensbedingungen im Bereich beider Landschaftsverbände herzustellen. Das ganze System müsse wesentlich flexibler und differenzierter angelegt werden. Es dürfe keine Festlegung auf einen bestimmten Betreuungsbedarf geben, sondern einen neuen Handlungsansatz, bei dem Schutz und menschliche Nähe die Vereinsamung behinderter Menschen zu verhindern helfen.

Kulturangebote

Konkret formulierte das Gusti Steiner von MOBILE, selbstbestimmtes Leben Behinderter, mit seinem Plädoyer für das ambulant betreute Leben: Da könne der behinderte Mensch seine Bedürfnisse leben; in Stadt und Kreis müssten die Betroffenen zu ihrem Recht kommen und eine Infrastruktur, auch auf dem Gebiet der Freizeit- und Kulturangebote, zum Leben vorfinden. Dagegen verfolge „die stationäre Unterbringung das Sach- und Dienstleistungsprinzip“. „Fatal“ wäre eine endgültige Zentralisierung und Entkommunalisierung der ambulanten und stationären psychiatrischen Versorgung wie der Behindertenhilfe insgesamt, warnte der Münstersche Förderkreis Sozialpsychiatrie. Betreutes Wohnen sei nicht „zum halben Preis“ zu bekommen; es müsse durch spezielle Angebote flankiert werden. Die rheinische Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrie befürworte seit langem den Zuständigkeitswechsel im betreuten Wohnen. Damit der aber Erfolg habe, müsse die Stagnation in der derzeitigen Übergangsphase rasch beendet werden. Man erwarte die Anerkennung des betreuten Wohnens als Pflichtleistung im Rahmen der Eingliederungshilfe und als Bestandteil eines regionalen Netzwerkes offener Hilfen.



Gegen beabsichtigte Umschichtungen oder befürchtete Kürzungen im Gesundheitsetat des Landes hat eine Delegation der Düsseldorfer AIDS-Hilfe beim Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, Bodo Champignon (2.v.r.), interveniert. Ellen Schmalz, Peter von der Forst und Dirk Meyer übergaben einen Ordner mit 5500 Unterschriften, mit denen die Unterzeichner dagegen protestieren, angesichts der Lage HIV-positiver Menschen die Mittel für die Selbsthilfe dieses Kreises zu beschneiden. Eine solche Maßnahme würde unmittelbar die praktische Beratungs- und Präventionsarbeit gefährden.

Foto: G. Schlimbach

Ölpipeline in Ecuador: Kritik an der Landesbank verschärft sich

Höhn: „WestLB will mit dem Kopf durch die Wand“

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik hat sich auf seinen beiden letzten Sitzungen mit den neuen Bedingungen der EU-Förderpolitik ab 2006 und ein weiteres Mal mit der Frage der Finanzierung einer Ölpipeline in Ecuador durch die Westdeutsche Landesbank (WestLB) befasst. Dabei stand die Finanzierung einer Ölpipeline in Ecuador durch die WestLB im Mittelpunkt einer zweistündigen Diskussion im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik. Anlass war ein von Robert Goodland, einem ehemaligen Mitarbeiter der Weltbank, vorgelegtes Gutachten, wonach das Projekt vier wichtige Kriterien der Weltbank verletze.

Umweltministerin Höhn (GRÜNE) warf der WestLB vor, sie gefährde durch ihr Verhalten eigene Interessen, betreibe eine Verzögerungspolitik und verhalte sich unprofessionell. „Die WestLB will mit dem Kopf durch die Wand und ramponiert ihren Ruf in der Welt“, kritisierte Ministerin Höhn. Die WestLB wiederholte durch ihren Sprecher, Herrn Parthe, dass sie sich nach den Vorgaben der Weltbank Standards richten werde und eine Nichteinhaltung dieser Standards die WestLB zu einer Kündigung des Vertrages berechtige. Die WestLB werde ihre eigenen Gutachter, Stone & Webster, beauftragen, mit Goodland in einen Dialog zu treten. Hierüber werde offen und transparent berichtet werden.

Ilka Keller (CDU), Bernhard von Grünberg (SPD) und Oliver Keymis (GRÜNE) mahnten an, dass bis zum Ende des Gutachterdiskurses keine endgültigen Fakten geschaffen werden dürften. Die Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) drückte die Erwartung aus, dass der Ausschuss möglichst umgehend über den Abwägungs- und Entscheidungsprozess der Bank in Kenntnis gesetzt werde. Spätestens am 18. November 2002 werde sich der Landtag wieder mit dieser Frage befassen.

Umweltministerin Höhn (GRÜNE) berichtete in der Sitzung über die Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung, der Ende August/Anfang September in Johannesburg getagt hatte. Es sei unter anderem gelungen, die Förderung erneuerbarer Energien auf die Tagesordnung zu bringen. Deutschland habe hier eine Motorfunktion wahrgenommen. Ein weiteres wichtiges Signal sei die Ankündigung von China, Kanada und auch Russland gewesen, das Kyoter Klimaschutz-Abkommen zu ratifizieren. Dieses könne damit auch gegen den Willen der USA in Kraft treten. Der

NRW-Stand habe große Beachtung gefunden. Bei den von NRW organisierten Veranstaltungen spielten die Effizienzagentur NRW, die Landesinitiative Zukunftsenergien, die Agenda 21 NRW und die Partnerschaft von NRW mit Mpumalanga eine besondere Rolle. Zusammenfassend bewerte sie Johannesburg als wichtigen Zwischenschritt.

In der Sitzung zuvor war die Zukunft der Ziel 2-Förderung in Nordrhein-Westfalen nach Ablauf der jetzigen Förderperiode im Jahre 2006 ein wichtiges Thema. Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) erläuterte, das Kabinett habe soeben erste Orientierungspunkte zur Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2006 beschlossen, vor allem weil sie Einfluss auf die Europäische Kommission nehmen wolle, bevor diese im Jahr 2003 ihren eigenen Vorschlag unterbreite. Die Landesregierung favorisiere ein „Netto-Fonds-Modell“, das sich grundlegend von der bisherigen EU-Strukturpolitik unterscheidet. Nach Auffassung der Landesregierung sollten Fördermittel künftig

Neues Fördermodell

nicht mehr direkt in bedürftige Regionen fließen, sondern an die Mitgliedsstaaten, die sich selber um die zweckgebundene Verteilung der Mittel kümmern. Während

nach dem bisherigen Modell davon auszugehen sei, dass nach 2006 keine EU-Fördergelder mehr ins Ruhrgebiet fließen, könnte das Ruhrgebiet auch danach weitere Förderung erhalten, wenn das „Netto-Fonds-Modell“ von der Europäischen Kommission akzeptiert würde.

Aus NRW-Sicht gebe es vier Eckpunkte für eine künftige EU-Strukturpolitik. Gegenüber den Regionen mit Entwicklungsrückstand, vor allem in den Beitrittsländern, müsse man sich solidarisch verhalten. Die strukturpolitischen Handlungsspielräume müssen erhöht werden. Der finanzielle Aufwand für die europäische Strukturpolitik und damit auch für Deutschland müsse begrenzt werden. NRW habe auch noch nach 2006 strukturpolitische Probleme und damit Bedarf an finanziellen Zuweisungen. Voraussetzung für die Akzeptanz des „Netto-Fonds-Modells“ sei jedoch, dass der Bund die Mittel

kompensiere, die Nordrhein-Westfalen voraussichtlich, wenn auch in geringem Maße als derzeit, auch nach 2006 aus Brüssel bekomme.

Dass Klimaschutz und Ressourcenschonung den Wirtschaftsstandort NRW nicht gefährden dürfen, meint ein Antrag der FDP, der im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss zur Diskussion stand. Umwelt-Staatssekretärin Christiane Friedrich widersprach auch der Behauptung des Antrags, neuere wissenschaftliche Erkenntnisse belegten, dass ein gravierender menschlicher Einfluss auf das Klima zu verneinen sei. Die Staatssekretärin empfahl den Bericht des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC): Danach gebe es neue und handfestere Beweise, dass der Großteil der Erwärmung, die während der letzten 50 Jahre beobachtet wurde, auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen sei.

Ein möglicher Handel mit Umweltzertifikaten für Emissionen, den die FDP im Antrag kritisch bewerte — der aber Teil des FDP-Programms sei — setze, so Friedrich weiter, ein reibungslos funktionierendes Überwachungssystem voraus. Es seien international abgestimmte Regeln für Zertifizierung, Akkreditierung und Registrierung festzulegen. Unter diesen Voraussetzungen könnte Zertifikathandel ein bedeutendes Element nachhaltiger Klimaschutzpolitik werden. Die vorhandenen Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge könnten eine wichtige Grundlage für die Einführung des Zertifikathandels bilden, erklärte die Staatssekretärin.

Ein Beispiel für die vielfältigen Integrationsbemühungen stellte Baha Güngör (r.), Leiter der türkischen Redaktion bei der Deutschen Welle, mit diesem Plakat vor, das er den Mitgliedern der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe bei ihrer letzten Sitzung präsentierte. Die Gruppe unter ihrem Vorsitzenden Wolfgang Rökens (SPD) hatte den 52-jährigen Journalisten eingeladen, damit der einen Einblick in das politische System der Türkei gibt und auf die aktuelle Lage eingeht. Sein Vortrag unter dem Titel „Die Türkei zwischen Anspruch und Realität“ und die anschließende Diskussion gaben der vor kurzem gegründeten und in der Türkei mit Aufmerksamkeit verfolgten deutsch-türkischen Parlamentariergruppe den Einstieg in ihre künftige Arbeit. Güngör bat die Abgeordneten, bei ihren Kontakten den türkischen Parlamentariern bei der Einführung echter demokratischer und föderaler Strukturen zu helfen. Auch das türkische Presserecht sei reformbedürftig. Foto: Schälte



Die Ergebnisse der PISA-Studie und ihre Konsequenzen für das Land

Über die Konsequenzen der PISA-Ergebnisse wurde im Ausschuss für Schule und Weiterbildung im Landtag NRW am 25. September ausführlich diskutiert. Debatte wurde über Förderinstrumente, über den Zusammenhang sozialer Herkunft, Intensivierung vorschulischer Bildungsarbeit und über das flächendeckende Angebot offener Ganztagschulen sowie über den Umgang mit Heterogenität in unserem Bildungssystem, sprich Qualitätsentwicklung, Evaluation und Leistungsvergleiche in allen Schulformen.

Die schulische Leistung und Qualität in NRW sei deutlich schlechter als die in anderen Bundesländern, heißt es in der Studie. Auch der Vorsprung Finnlands gegenüber Deutschland liege am gerin-

geren Migrantenanteil in der Schülerschaft und in der starken Sprach- und Lesekompetenz, sagte Josef Kraus (Präsident des Deutschen Lehrverbandes). Professor Dr. Reiner Lehmann (Hum-

boldt – Universität Berlin) forderte, die Erziehungsausbildung in Hochschulen wie in Skandinavien zu intensivieren. In Schulen sollten Leistungs- und Förderungsorientierung unterstützt werden. „Es muss um die maximalen Lernpotenziale der Schüler gehen“, betonte er. Die optimale Förderung solle sich nicht nur auf die Risikogruppen beschränken, sondern auch andere Gruppen einbeziehen. Bei Ganztagschulen solle man fragen, wie man diese am besten gestalten kann. Professor Dr. Toni Hansel (Universität Rostock) hielt es nicht für sinnvoll, lehrseitige Veränderungen durchzuführen, da es zu hohen Personalaufwendungen führen würde, die keine Garantie für guten Unterricht seien. Er kritisierte das Desinteresse der Eltern bei Erziehungsverläufen und Erziehungseinrichtungen. Sowohl der Kindergarten als auch die Ganztagschulen sollten nicht als Einrichtung verstanden werden, die Eltern vor der Aufsichtspflicht befreien, sie müssten als Chance zur Pädagogisierung zur Verfügung stehen. Dabei sollte man auf Veränderungen der Kinder und Jugendlichen reagieren, individuelle Betreuung jedes einzelnen Schülers intensivieren sowie Dialogfähigkeit und Gesprächskultur bearbeiten. Die Risikogruppen aus PISA müssten so früh wie möglich in die deutsche Sprache herangeführt werden.

Professor Dr. Rupprecht Bauer (Universität Essen) stellte fest, dass Migranten nicht untereinander bleiben sollten, weil sonst keine Sprachkontakte mit anderen deutschen Kindern auftreten könnten. Die Lehrerausbildung sollte unbedingt verbessert werden, um auch die Probleme der Migrantenkinder aufzufangen. Dabei könnten musische Fächer helfen, man sei körperlich aktiv, lese, spreche und sänge. Das mache den Kindern Spaß, fördere sie und erweitere auch zudem ihre Lesekompetenz.

Die zentrale Bedeutung der Lesekompetenz erwähnte auch Professor Dr. Klaus-Jürgen Tillmann (Universität Bielefeld) als wichtigen Schritt. Im Gegensatz zu anderen Erfolgsländern bei PISA lägen die Probleme Deutschlands bei den hohen Sitzenbleiberquoten, an den frühen Sortierungen in Schulsystemen und an geringen Unterrichtszeiten. Die sprachliche Förderung sollte man verstärken, spielerisch und kindgerecht gestalten. Wichtig sei es auch, in allen Schulformen heterogene Lernformen zu haben, zum Beispiel gute Realschüler nicht in Gymnasien zu schicken, sondern Schüler in allen Schulformen zu fördern. Kinder, die vom Sitzenbleiben gefährdet sind, sollten in ihren Klassen zusammenbleiben. — Im weiteren Verlauf des Expertengesprächs nahmen noch Professor Dr. Tassilo Knauf (Universität Essen) und Renate Tolle (Leiterin der Schulverwaltung Dortmund) Stellung.

Yesim Ürküt

Junge Ideen für das Landesparlament



Entschieden ist der Jugend-Internet-Wettbewerb des Landtags. Die Jury vergab keinen ersten, sondern drei zweite Plätze für die Siegerinnen und Sieger — hier zusammen mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt: Christian Roszyk und Marcel Severith aus Mülheim/Ruhr, an das Städtische Ernst-Barlach-Gymnasium mit den Schülern Thomas Gabrisch und Daniel Schulz aus Castrop-Rauxel sowie an Jan-Henning Niediek und Christoph Merkelbach aus Bonn. Die drei besten erhielten jeweils 4 000 Euro. 1 000 Euro für jedes Team verteilte Landtagspräsident Schmidt an die restlichen Gewinner. Auf Platz vier landete das Walburgisgymnasium in Menden, Platz 5 errang der Politik- und Informatikkurs der Klasse 10 a der Privatschule Schloss Buldern in Dülmen. Über den sechsten Platz freuten sich Philipp Neuser und Christoph Sterz vom St. Antonius-Gymnasium in Lüdinghausen.



Flagge zeigen für NRW — das will der Lauftreff, den die GRÜNEN im Landtag gegründet haben. Um ihre Unterstützung der Kandidatur zu den Olympischen Spielen zu dokumentieren, traten die Läuferinnen und Läufer in Trikots und unter der Fahne mit dem offiziellen Logo der NRW-Bewerbung zum Start vor dem Landtagsgebäude an. Unser Bild zeigt v.l.: Almut Bergendahl (Mitarbeiterin), Gisela Hinnemann (CDU, Vorsitzende des Sportausschusses), Viktor Haase, Sebastian Mewiß, Ralf Becker (Mitarbeiter) sowie Ewald Groth (GRÜNE-Abgeordneter und Mitglied des Sportausschusses).

Fotos: Schälte

Jahr des Hochschulsports – aus der Nische in die Öffentlichkeit

Es beginnt im Januar mit einer großen Eröffnungsgala in Aachen und endet Mitte Dezember mit einer ebenso großen und künstlerisch gestalteten Abschlussgala in Münster. Dazwischen liegt eine ganze Reihe von Wettkämpfen, bei denen sich die Athletinnen und Athleten – neben den klassischen in zum Teil so ausgefallenen Disziplinen wie „Beach-Handball“ oder „Run & Bike“ – messen. Es geht um das Jahr des Hochschulsports, das für 2003 im Land Nordrhein-Westfalen ausgerufen worden ist. 300 000 Euro sind dafür im Landesetat vorgesehen. Das Geld soll mit-helfen, den Hochschulsport aus seiner Nische heraustreten zu lassen und ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Die Idee für dieses Jahr des Hochschulsports stammt aus dem Sportausschuss, an ihr haben alle Fraktionen Anteil. Um die Bewilligung der Mittel bat Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) die Ausschussmitglieder, denen bei dieser Sitzung unter Leitung von Gisela Hinnemann (CDU) das Programm des Hochschulsportjahres vorgestellt wurde.

Neben dem Programm der geplanten 40 Veranstaltungen, das Mitte Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt wird und dann auch auf der Internet-Homepage (www.hsp2003.nrw.de) abgerufen werden kann, verfolgt das Jahr des Hoch-



Michael Fahlenbock
Foto: Schälte

schul-sports eine ganze Reihe weiterer Ziele

über den eigentlichen Sport hinaus. So ist es den Initiatoren daran gelegen zu zeigen, dass Hochschulsportveranstaltungen eine wesentliche Komponente der Gesundheitsförderung an Hochschulen darstellen (wenn auch an vielen Hochschulorten die große Nachfrage nicht erfüllt werden kann). Unterstrichen wird die internationale und europäische Komponente: So nehmen viele in- und ausländische studentische Sportlerinnen und Sportler an den Veranstaltungen und Wettbewerben teil und belegen damit, so sehen es die Verantwortlichen, die treibende Kraft des Hochschulsports bei Auf- und Ausbau europäischer Beziehungen. Der Zusammenschluss europäischer Hochschulsporteinrichtungen ENAS wird seine Jahrestagung in Münster durchführen. Daneben dient das Jahr auch der beruflichen Qualifizierung, denn während

Belastungen aus der Pflege werden oft unterschätzt

Vor allem Frauen sind betroffen

Vor kurzem wurde in der Enquête-Kommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW eine Expertise zum Thema „Gesundheitsgefährdungen, Erkrankungen und Ressourcen von pflegenden Angehörigen in NRW“ von Professor Dr. Monika Reichert, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund, präsentiert. Dazu wurden wichtige AnsprechpartnerInnen und AkteurInnen eingeladen und um Stellungnahme gebeten. Einhellig positiv wurde bewertet, dass sich die Enquête-Kommission dieses für die Pflege insgesamt, besonders aber für die Frauengesundheit wichtigen Themas annimmt. Gleichzeitig wurde die Vernachlässigung dieses Themas in vielen Angebotsstrukturen konstatiert.

Über Frauen, die pflegebedürftige Angehörige pflegen, gibt es erstaunlich

wenig Zahlen für NRW. Es gibt auch einige wenige Männer, die Angehörige pflegen, das Verhältnis Frauen zu Männern ist etwa 80:20. Töchter und Schwiegertöchter, Ehefrauen und Mütter übernehmen häufig wie selbstverständlich die Pflege ihrer Angehörigen, sei es aus Liebe oder Verantwortungsgefühl, finanziellen oder religiösen Motiven, Dankbarkeit oder auch familiärem Druck. Deutlich wurde in der Expertise, dass pflegende Männer sehr viel eher als Frauen bereit sind, professionelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Die aus der Pflegeübernahme resultierenden Belastungen würden in der Regel bei der Entscheidung über die Pflege eines Angehörigen gar nicht in Betracht gezogen. Es gibt zudem kaum Anlaufstellen, die über die möglichen Belastungen informieren. Zu nennen sind die körper-



des gesamten Projekts werden Studierende in Vorbereitung, Organisation und Dokumentation der einzelnen Veranstaltungen einbezogen. Sie erhalten die Möglichkeit, sich in Führungs- und Organisationsaufgaben zu testen. Auch zur wissenschaftlichen Qualifikation besteht die Chance. Arbeiten, die sich wissenschaftlich mit dem Hochschulsport auseinandersetzen, können für den NRW-Hochschulsport-Förder-

preis für den wissenschaftlichen Nachwuchs eingereicht werden. Die Jury hat sich bereits formiert.

Die Parlamentarier waren von der Präsentation durch Michael Fahlenbock (Wuppertal) und Eckhard Rohde (Köln) von der Landeskonferenz NRW für den Hochschulsport, dem Zusammenschluss aller Hochschulsporteinrichtungen im Land, sehr angetan. Dennoch blieben Fragen: Wie das Jahr des Hochschulsports über 2003 hinaus wirken würde, wollte Dr. Annemarie Schrapf (CDU) wissen. Diese Frage der sportpolitischen Sprecherin der Union fand indirekt Antwort in dem Beitrag von Dr. Frank Freimuth (SPD). Er regte an, die NRW-Bewerbung für Olympia 2012 in die „beeindruckende Vielfalt“ der Veranstaltungen des Jahres des Hochschulsports einfließen zu lassen.

lichen Belastungen, wie etwa Rücken- und Gelenkschmerzen, Herz-Kreislauf-Beschwerden und Kopfschmerzen sowie vielfältige psychische Beeinträchtigungen. Ferner werden die sozialen Kontakte in Mitleidenschaft gezogen, das Schlafverhalten wird beeinträchtigt, am Arbeitsplatz können Probleme entstehen und auch finanzielle Nachteile wären nicht selten. Natürlich hängen die Schwere der Auswirkungen eng mit dem Grad der Pflegebedürftigkeit zusammen. Ausschlaggebend sind aber Entlastungsmöglichkeiten in der Familie selbst sowie die Verfügbarkeit und Unterstützung durch HelferInnen oder professionelle Dienste. Hier wurde festgestellt, dass Frauen größere Probleme haben, Hilfe einzufordern und auch seltener Unterstützung angeboten bekommen. Darüber hinaus wurde auf Defizite bei Beratungsangeboten und in der Pflegeinfrastruktur verwiesen.

Die Enquête-Kommission wird das Gutachten gründlich auswerten, insbesondere wird sie sich mit den aus der Studie abzuleitenden Empfehlungen befassen. Um Erkenntnislücken zu schließen und „Models of good practice“ zu finden, will die Kommission auch Erfahrungen aus der EU heranziehen.



denk
SPORT
bewegt

2003
Jahr des
Hochschulsports
in NRW

Dortmunder Auftritt der Schill-Leibwächter findet im Innenausschuss ein Nachspiel

„Ziehen der Waffe war völlig inakzeptabel“

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) hat auf einer seiner letzten Sitzungen aktuelle Fragen behandelt und einen Antrag der CDU-Fraktion zur Umstrukturierung der polizeilichen Kräfteverteilung diskutiert.

Zuvor wurden die Dringliche Frage der SPD-Fraktion und eine von der CDU-Fraktion beantragte Aktuelle Viertelstunde aufgerufen. Sie bezog sich auf das Verhalten zweier Personenschützer der Hamburger Polizei in Zivil bei einem Wahlkampfauftritt des Hamburger Innensenators Roland Schill Anfang September in Dortmund. Beide Personenschützer haben vor versammelter Menschenmenge ihre Dienstwaffe gezogen.

Innenstaatssekretär Wolfgang Riotte erklärte, es gebe unterschiedliche Berichte über den Hergang des Ereignisses und die Anzahl der Menschen. Angeblich sei die akute Gefahr von einem Kampfhund ausgegangen. Ebenso wie Innenminister Fritz Behrens (SPD) den Wahlkampfauftritt des Hamburger Innensenators Roland Schill und dessen Personenschützer als „völlig inakzeptabel“ kritisierte, waren sich die Ausschussmitglieder aller Fraktionen einig, dass das Ziehen von Waffen vor so vielen Menschen zu verurteilen sei. Monika

Düker (GRÜNE) meinte, eine derartige Situation dürfe kein Grund für derartiges Verhalten sein. Dem stimmte Karl Peter Brendel (FDP) zu. Das Zücken von Waffen sei das allerletzte Mittel, vorher hätten die Polizisten mit den gefährdeten Personen nach hinten abtreten können. Fraktionskollege Horst Engel sprach von einer „Instrumentalisierung der Beamten“. Tanja Brakensiek (CDU) gab zu bedenken, dass die gefährdeten Personen kaum Möglichkeiten gehabt hätten, nach hinten zu entweichen.

Die von der CDU-Fraktion beantragte Aktuelle Viertelstunde bezog sich auf die Absicht eines türkischen Elternpaares, seinen Säugling Osama bin Laden zu nennen. Theo Kruse (CDU) bezeichnete das Vorhaben der Eltern als Provokation aller rechtsstaatlich denkenden Menschen und darüber hinaus als einen Verstoß gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes. Er stellte die Frage, ob die Eltern dadurch lediglich ihre Sympathie zur islamistischen Terrororganisation El Quaida ausdrücken wollten oder ob auch Kontakte zu dieser Organisation bestünden — das fragten sich jedenfalls viele Bürger im Lande. Darauf Innenminister Fritz Behrens (SPD): Das Vorhaben der Eltern sei eine bewusste Provokation. Einen Straftatbestand hätten die Kindseltern mit ihrem Verhalten nicht erfüllt, daher bestehe auch kein Ausweisungsgrund. Horst Engel (FDP) teilte Behrens Ansichten und

unterstrich, das Verhalten der Eltern müsse auch von Muslimen verurteilt werden, was er bisher aber vermisste.

Weiterer Tagesordnungspunkt war der Antrag der CDU-Fraktion, die belastungsbezogene Kräfteverteilung der Polizei durch eine aufgabenorientierte Bedarfsanalyse zu ersetzen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Theo Kruse, führte an, die Verteilungsmechanismen der Polizei in NRW seien veraltet und müssten optimiert werden, denn die Polizei habe im Laufe der Jahre eine Fülle an neuen Aufgaben bekommen, der die Personalstärke nicht mehr gerecht werde. Für Monika Düker (GRÜNE) war zutreffend, dass die Polizei seit den Terroranschlägen in den USA im letzten Jahr ihre Belastungsgrenzen erreicht habe, aber sie verstehe den CDU-Sprecher nicht, weil er auf der einen Seite die Senkung der Staatsquote wolle, andererseits durch die aufgabenorientierte Bedarfsanalyse eine Mehrbelastung anstrebe. Für die SPD meinte Hans Krings, die CDU benutze einen Begriff wie „aufgabenorientierte Bedarfsanalyse“ nur plakativ, fülle ihn aber nicht mit Inhalt und konkreten Strukturen aus. Horst Engel (FDP) begrüßte den Vorschlag der CDU. Jürgen Jentsch, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, zeigte wenig Verständnis für Diskussion und Antrag. Es handele sich um eine bloße Begriffsänderung. Er räumte aber ein, dass die belastungsbezogene Kräfteverteilung möglicherweise optimiert werden könne. Darin wurde er von seinem Kollegen Hans-Peter Meinecke unterstützt. — Nach längerer Diskussion wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Einer der ersten Teilnehmer brachte seine kleine Tochter mit



Die erste Bürgersprechstunde in der Villa Horion hat stattgefunden. Acht Stunden lang führten die beiden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Barbara Wischermann (CDU) und Brigitte

Herrmann (GRÜNE), Beratungsgespräche — zu den unterschiedlichsten Sachverhalten: Sozialhilfe, schulische Angelegenheiten, Strafvollzug, Lärmschutz, Baurecht.

Die Sprechstunden des Petitionsausschusses in der Düsseldorfer Villa Horion sollen regelmäßig einmal im Monat stattfinden und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, sich direkt an den Petitionsausschuss zu wenden.

Daneben gibt es zweimal im Jahr auswärtige Bürgersprechstunden, damit auch weiter weg wohnende Menschen mit dem Ausschuss unmittelbaren Kontakt aufnehmen können. Die nächste auswärtige Bürgersprechstunde findet am 13. November in Hagen statt.

Die nächste Bürgersprechstunde in der Villa Horion ist für den 28. Oktober anberaumt und schon ausgebucht. Der Termin für die darauf folgende Sprechstunde ist der 18. November. Eine vorherige telefonische Anmeldung unter Telefon (02 11) 8 84-44 44 ist unbedingt erforderlich. — Unser Bild zeigt Barbara Wischermann mit einem Petenten, der seine kleine Tochter zu dem Gespräch mitgebracht hatte. Foto: Schälte

Angelika Gemkow – Arbeit in der Pflege



Die Vorsitzende der Enquetekommission des Landtags, Angelika Gemkow (CDU, Bild), hat die parlamentarische Sommerpause genutzt, um praktische Erfahrungen zum Thema Pflege zu sammeln. So standen Praktika in Sozialstationen, Pflegeheimen und im Bielefelder Hospiz auf dem Programm. „Es ist wichtig, dass wegen der großen demographischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen eine menschenwürdige Pflege immer wieder in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit gerückt wird“, wünscht sich die Bielefelder Landtagsabgeordnete. Mit ihren Praktika hatte sich Angelika Gemkow zum Ziel gesetzt, eigene Erfahrungen über die tagtägliche Lebenssituation in der Pflege zu gewinnen. Sie verspricht sich daraus praktische Hinweise, wo künftig Verbesserungen und politisches Handeln zum Wohle der pflegebedürftigen Menschen und Pflegenden ansetzen bzw. wie pflegende Angehörige besser unterstützt werden können.

Fusion der beiden Hochschulen hakt an Einzelpunkten

Die geplante Fusion der Universitäten Essen und Duisburg (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 13/2947) stand im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Ende September. Mit der Fusion, so die Begründung, soll eine neue und leistungsfähige Universität gegründet werden, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Beide Rektorate haben dieses Jahr die Fusion beschlossen. Nicht einig ist man sich jedoch bei der Frage, an welchem Standort die Geisteswissenschaften schwerpunktmäßig angesiedelt werden sollen. Ebenfalls strittig sind Gleichstellung und Selbstverwaltung der beiden Standorte.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) kritisierte die Ungenauigkeit in Bezug auf die Fusionskosten, die sich auf mindestens 20 Millionen Euro belaufen sollen, die Landesregierung habe noch keinen genauen Lösungsansatz. Er warnte vor einer Zwangsfusion, die gegen den Willen der beiden Universitäten beschlossen würde. Für Manfred Kuhmichel (CDU) gehen die beiden Standorte Duisburg und Essen nicht gestärkt aus der Fusion heraus, da es an Autonomie und Selbstverwaltung fehle. Die Fusion müsse die Handschrift der Hochschulen tragen.

Der CDU-Sprecher appellierte an Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD), von der hoheitlichen Fremdgestaltung der Hochschulen Abstand zu nehmen und sie nicht zu „ihrer“ Fusion zu machen. Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) machte auf die Chancen für beide Hochschulen aufmerksam, die aus der Fusion entstehen würden. Es müsse zusammen ein Prozess entwi-

ckelt werden, damit sich die Hochschulen selbst neu gründen können. Dietrich Kessel (SPD) wies darauf hin, dass es keinen Fusionsgewinner oder Verlierer geben dürfe. Ein Problem bei der geplanten Fusion sehe er nicht, da beide Standorte bis jetzt im gegenseitigen Einvernehmen gehandelt haben. In weiteren Verhandlungen müssten jedoch die Konditionen und Selbstverwaltungsstrukturen behandelt werden: Beratungsbedarf gebe es auch noch beim vorliegenden Gesetzesentwurf.

Die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler (SPD), appellierte an die Opposition, die Fortschritte und Vorteile der Fusion nicht klein zu reden. Es sei normal, dass es bei einer Fusion kontroverse Diskussionen gebe. Beide Rektorate haben in diesem Jahr gemeinsam die Fusion beschlossen. Die Fusionskosten werden auf 20 bis 30 Millionen Euro geschätzt. I. S.

Union fordert landesweites Krebsregister

Als vorbildlich bewertet der Ausschuss für Frauenpolitik das flächendeckende Krebsregister in den Niederlanden. Deutschland hinkt dagegen hinterher. Die CDU-Fraktion hat deswegen in einem Antrag (Drs. 13/2637) die Einführung eines bevölkerungsbezogenen Krebsregisters für das Land NRW gefordert und verlangt von der Landesregierung, dafür das Gesundheitsdatenschutzgesetz entsprechend zu ändern. Der Unterschied zu den bereits bestehenden klinischen Registern liegt darin, dass zusätzlich, auch die regionale Herkunft der Patientinnen und Patienten mit in die Forschung einfließt. Ziel ist nicht nur die Ursachenforschung, auch lassen sich Prävention und Früherkennung besser bewerten. Die Fraktion erklärt in ihrem Antrag, es gebe zwar schon ein Krebsregister für den Regierungsbezirk Münster, das die etwa 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in dieser Region erfasse. Aber dieses Register sei nicht repräsentativ für NRW mit seinen rund 18 Millionen Menschen. Über

den Antrag debattierte der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitzende Gerda Kieninger, SPD).

In der Sitzung kritisierte CDU-Sprecherin Regina van Dinther, trotz der großen Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen sei kein Fortschritt im Bereich der Krebsforschung zu sehen: „Neue Erkenntnisse würden den Menschen das Leid und den Kassen Kosten ersparen“, argumentierte sie. Cornelia Prüfer-Storcks, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium des Landes, trug einen Bericht der Landesregierung vor und wies darauf hin, eine Umsetzung der epidemiologischen Registrierung sei nur Schritt für Schritt möglich. Realistisch wäre zuerst eine Registrierung der Brustkrebserkrankten, um eine Basis zur Vereinheitlichung und Standardisierung zu schaffen. Dies sei ein „pragmatischer Weg, der effektiv sein wird“. Die Staatssekretärin sah darin auch die Garantie der Qualitätssicherung, die nur durch ein

„qualitativ wertvolles, also vollständiges Register“ gewährleistet sei. Den Einwand, durch dieses Verfahren würde eine zeitliche Verzögerung entstehen, wies sie zurück. Denn die dabei gemachten Erfahrungen würden sich positiv auswirken.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellte fest, dass alle Beteiligten das gleiche Ziel haben. Die Kosten von drei Millionen Euro müssten auch andere Gesellschaften tragen, nicht nur die Deutsche Krebshilfe. Im Verlauf der Diskussion wurde über die Aussagekraft solcher Register debattiert. Inge Howe (SPD) bemerkte, dass die Mindestlaufzeit zehn Jahre betragen sollte, um repräsentative Ergebnisse daraus ziehen zu können. Brigitte Capune-Kitka, Sprecherin der FDP, bevorzugte die schrittweise Entwicklung, wies jedoch auf den bürokratischen Aufwand hin. Die Ergebnisse des Registers seien gerade in Bezug auf die regionale Entwicklung eine „interessante Erfahrung“. M. S.

Delegation des Wirtschaftsausschusses in EU-Beitrittsstaaten des Baltikums

Papierloses Kabinett in Tallinn/Estland

Im Rahmen ihrer Informationsreise nach Estland und Lettland besichtigte eine Delegation des NRW-Wirtschaftsausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) in der Staatskanzlei von Tallinn/Estland auch den Kabinetssaal, wo den Abgeordneten die Technik der „papierlosen“ Kabinettsitzung vorgeführt wurde. Die estnische Regierung führte vor zwei Jahren als erste weltweit die elektronische Dokumentation während der Kabinettsitzung ein.



In der Staatskanzlei in Tallinn/Estland wurde der Delegation des Wirtschaftsausschusses die Technik der papierlosen Kabinettsitzung vorgeführt; auf dem Foto Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU, Mitte) neben Botschaftsrat Gerald Wolf (ständiger Vertreter des Botschafters, 2. v.l.), stellvertretender Ausschussvorsitzender Hans Vorpeil (SPD, l.), CDU-Sprecher Christian Weisbrich (2. v. r.).

Während der Sitzung hat jedes Kabinettsmitglied einen PC vor sich und loggt sich in die laufende Sitzung ein. Die Dokumente für die einzelnen Tagesordnungspunkte werden bereits im Vorfeld per E-Mail versandt. Die Ministerin oder der Minister können schon vor der Sitzung ihren Redebedarf anmelden oder ihre Zustimmung/Bedenken, etwa zu Gesetzentwürfen dokumentieren. Das sitzungsleitende Regierungsmitglied sieht die vorbereitende Befassung sofort, wenn es den Tagesordnungspunkt aufruft. Wortmeldungen und Abstimmungsergebnisse aus der Sitzung werden ins ebenfalls elektronische Protokoll aufgenommen. Außer der Einsparung von viel Papier für Kopien reduzierte die estnische Regierung auch die Dauer von Kabinettsitzungen, und zwar von durchschnittlich zweieinhalb Stunden auf 45 Minuten.

Außenhandelschancen

Die Delegation des Wirtschaftsausschusses informierte sich im Interesse von Außenhandelschancen über die Situation der Wirtschaft der beiden EU-Beitrittskandidaten. Estland (1,4 Millionen Einwohner) erlangte 1991 die staatliche Unabhängigkeit zurück. Die ein Jahr später eingeführte estnische Krone ist gesetzlich an die D-Mark und seit 2002 an den Euro gebunden. Bei einem Wirtschaftswachstum von vier Prozent weist Estland weltweit die liberalsten Außenhandelsbedingungen auf und kann bedingt schon als Teil des EU-Binnenmarkts angesehen werden. Es liefert vor allem Rohstoffe und Halbfabrikate aus den Bereichen Holz, Textilien und Metall nach Deutschland.

Auch in Lettland (2,4 Millionen Einwohner) spielt die Holzwirtschaft eine bedeutende Rolle. Weitere wichtige Industriezweige sind Elektrogeräte, Maschinenbau, Chemie und Telekommunikation. Für die Ost-West-Transporte sind die drei eisfreien Häfen Riga, Ventspils und Lipaja wichtig. Ausländische Investoren werden wie in Estland wie inländische behandelt. Das Wirtschaftswachstum liegt mit 7,6 Prozent (2001) an der Spitze in Europa. Rund 100 Kilometer nördlich der Hauptstadt Riga besuchten die Abgeordneten aus NRW in Valmiera ein Glasfaserwerk mit einem Jahresumsatz von 27 Millionen Euro. Die Erzeugnisse werden in die ganze Welt verkauft. Die Kleinstadt Valmiera unterhält seit zehn Jahren eine Partnerschaft mit dem Kreis Gütersloh. Das dortige Berufsbildungszentrum wurde durch Investitionszuschüsse des Bundesentwicklungsministeriums, des Landes NRW und der Industrie- und Handelskammer Hagen gefördert.

Parlamentarischer Gutachterdienst zieht Bilanz

Dem Präsidium des Landtags berichtete am 24. September der Leiter des Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienstes, wie die noch recht junge Serviceleistung vom Parlament angenommen wird.

Vor gut drei Jahren hat sich das Parlament für die Einrichtung dieser modernen Dienstleistungseinheit entschieden. Mit seinem speziellen Angebot ist der seit Anfang 2000 arbeitsfähige Beratungsdienst Teil eines Gesamtkonzeptes zur Modernisierung des Parlamentes und seiner Verwaltung.

Die Arbeitsprinzipien wurden festgelegt (Vorlage 12/3158): Ausschüsse, Fraktionen und einzelne Mitglieder des Parlaments sollen in ihrer gestalterischen, zukunftsorientierten Rolle unterstützt werden durch: (partei)politisch neutrale, wissenschaftlich fundierte Beratung, nutzerorientierte Ausarbeitungen und verständliche Aufbereitung von Fachwissen und komplizierten Sachverhalten oder Zusammenhängen.

Die Akzeptanz des Services ist gut. Bislang waren die Rückmeldungen durchweg positiv. Regierungs- und Oppositionsfraktionen nehmen den Beratungsdienst gleichermaßen in Anspruch. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass auf Ausgewogenheit der Quellen und

umfassende Information großer Wert gelegt wird. Die überwiegende Zahl der Aufträge kommt bislang von einzelnen Abgeordneten. Das vielfältige Themenspektrum reicht von rechtlichen Fragestellungen über umwelt-, sozial-, familien- und gesundheitspolitische Themen bis hin zu Arbeitsmarkt- und EU-Politik, um nur Beispiele zu nennen. Hier hat sich die interdisziplinäre Besetzung des fünfköpfigen Teams bewährt. Im Bedarfsfall kann auch zusätzliche wissenschaftliche Unterstützung von außen eingeholt werden.

Wesentlicher Teil der Arbeit ist die Informationsbeschaffung und -bearbeitung. Ohne die hilfreiche Unterstützung der landtagsinternen Informationsdienste (vor allem Datenbank-Recherche und Bibliothek) wäre die Arbeit kaum zu leisten. Die schriftlichen Ausarbeitungen sind größtenteils im Intranet des Landtags unter der Rubrik „Fachinformationen“ und über die Landtags-Homepage (www.landtag-nrw.de, Rubrik „Dokumente“) abrufbar.

Claudia Engelhardt

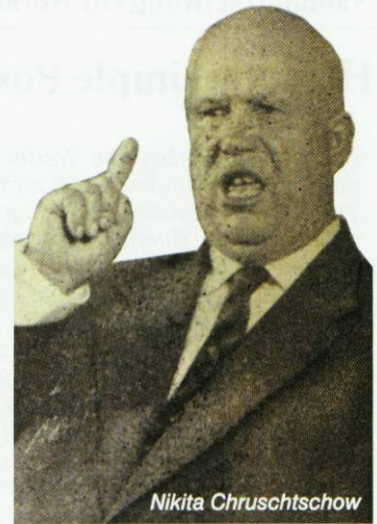


John F. Kennedy

Kuba-Krise:

Die Welt schwebte tagelang im Ungewissen

40 Jahre ist es jetzt her, dass die Welt nur knapp dem Dritten Weltkrieg entgangen ist. Im Oktober 1962 standen sich die zwei Supermächte, die Vereinigten Staaten von Amerika mit Präsident John F. Kennedy und die UdSSR mit Ministerpräsident Nikita Chruschtschow, in der Kuba-Krise gegenüber. Sie sollte sich als der Höhepunkt des Kalten Krieges herausstellen.



Nikita Chruschtschow

Am 15. Oktober bestätigen US-Experten, was amerikanische U 2-Aufklärungsflugzeuge tags zuvor durch Fotos dokumentiert hatten: Auf der karibischen Insel Kuba, nur 150 Meilen vor der Küste Nordamerikas, befanden sich sowjetische Abschussrampen, die technisch dazu in der Lage waren, Nuklearsprengköpfe zu tragen. Die auf Kuba stationierten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von über 1000 Seemeilen stellten ein unmittelbares Risiko des atomaren Angriffs auf die USA dar. Hinzu kamen Truppenbewegungen der Roten Armee Kuba, die Präsident John F. Kennedy in Alarmbereitschaft versetzten.

Seeblockade

Kennedy rief zwölf seiner wichtigsten Berater und Minister zusammen, darunter Außenminister Dean Rusk, Verteidigungsminister Robert McNamara und Justizminister Robert F. Kennedy. Als Gegenmaßnahme wurde eine Seeblockade beschlossen (Kennedy: „Quarantäne“), um den Verteidigungscharakter der Aktion zu unterstreichen. Die Blockade um Kuba, die einen Kreis mit einem Radius von 500 Seemeilen bildete, trat am 24. Oktober 1962 in Kraft. Kennedy kündigt in einer Fernsehansprache an das amerikanische Volk an, dass jede von Kuba aus abgefeuerte Atomrakete „als ein Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten

anzusehen“ ist, „der einen umfassenden Vergeltungsschlag gegen die Sowjetunion erfordert ...“. Er sendet einen Appell an Ministerpräsident Chruschtschow, den Weltfrieden nicht zu bedrohen und die Waffen aus Kuba abziehen. Noch am selben Tag gibt der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro die Mobilmachung bekannt. Die Vereinten Nationen beraten in einer Sondersitzung im Sicherheitsrat die äußerst gespannte Lage. Der UN-Generalsekretär Sithu U. Thant (1961—1971) bittet beide Regierungen, sich zu diplomatischen Verhandlungen zu treffen und die Aktionen zu verschieben. Es folgen Tage der Briefwechsel, in denen Chruschtschow und Kennedy sich langsam näher kommen. Zu Beginn versucht Chruschtschow noch, den militärischen Einsatz auf Kuba zu rechtfertigen: „Unser Ziel war und ist, Kuba zu helfen.“ Um die Situation zu entschärfen, schlägt der sowjetische Präsident ein „Tauschgeschäft“ vor: Die Mittelstreckenraketen auf Kuba sollen abgezogen werden im Tausch gegen die in der Türkei statio-

nierten Jupiter-Raketen der Amerikaner. Kennedy geht in seinem Antwortschreiben nicht darauf ein und fordert weiterhin den bedingungslosen Rückzug der Sowjetunion. In einem weiteren Brief zeichnet sich der politische Durchbruch ab: Gegen das Versprechen der USA, in Zukunft keine militärischen Aktionen gegen das Regime Castro einzuleiten, ist Chruschtschow bereit, unter Aufsicht der UNO die Raketen abzubauen. Kennedy akzeptiert in seinem Antwortschreiben vom 28. Oktober. Der nukleare Super-GAU wird verhindert. Die Aufhebung der Seeblockade durch die USA ist ein zweischneidiges Schwert, denn das Nichtangriffsversprechen gegenüber Kuba kommt einer Legitimierung des sozialistischen Systems Castros gleich. Chruschtschows Einlenken war nicht nur kurzfristig zu seinen Gunsten ausgegangen; die Demontage der Angriffswaffen war ein kleiner Preis dafür, dass von nun an das erste sozialistische Regime in der westlichen Hemisphäre direkt vor der amerikanischen Haustür lag.



Einen formellen Abschluss fand der Konflikt im Januar 1963 durch ein Schreiben der UdSSR und der USA an den Generalsekretär der UNO. In Reaktion auf die Kuba-Krise wurde mit dem „heißen Draht“ zwischen Washington und Moskau, einer Vereinbarung zur Rüstungskontrolle und dem Beginn einer weltweiten Entspannungspolitik, effizientes Krisenmanagement betrieben, welches in Zukunft derartige Eskalationen verhindern sollte.

Nachbetrachtung zur Bundestagswahl:

Hat eine simple Postwurfsendung Stoiber den Weg nach Berlin verbaut?

Die Wahl ist vorbei. Die Würfel sind gefallen. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen entsendet 134 Abgeordnete in den 15. Bundestag. 64 haben ihr Mandat in den nordrhein-westfälischen Wahlkreisen direkt geholt, 70 kommen über die Landeslisten ihrer Parteien in die Vertretung des deutschen Volkes. Die landespolitische Aufteilung unter den vier Fraktionen sieht dabei so aus: SPD 60, CDU 49, FDP 13 und GRÜNE 12 Sitze.

Vor dem Gang an die Urnen der Republik hieß es oft, diese Wahl werde in NRW gewonnen. Das stimmt so nicht, wie eine Nachbetrachtung des Abschneidens der beiden großen Parteien in unserem Land zeigt. Ob Gerhard Schröder Kanzler bleibt — das werde sich in NRW entscheiden. So hatten Sprecher der Landes-SPD ihre Anhänger zu mobilisieren versucht; auch viele Kommentatoren in den Medien verbreiteten die Meinung. Der Effekt trat überraschenderweise nicht ein; die SPD verlor im bevölkerungsreichsten Bundesland knapp vier Prozent bei den Zweitstim-

men. Der Rückenwind für Schröder wehte aus einer anderen Richtung: Im Osten legte die SPD deutlich zu, hier erreichte sie auch drei ihrer vier Überhangmandate. Die SPD in den westlichen Bundesländern nahm dagegen generell ab, in NRW um 3,9 Prozent.

Wenn NRW eine die Wahl entscheidende Wirkung gehabt hat, dann für Schröder-Herausforderer Edmund Stoiber. Die CDU im Land zwischen Rhein und Weser konnte ihren Stimmenanteil um vergleichsweise geringe 1,3 Prozent verbessern. Wobei das Resultat in Bayern (plus 10,9 Prozent; bundesweit waren es 3,4 Prozent) gar nicht als Richtschnur für das Wahlverhalten von „Nordlichtern“ herangezogen werden soll. Aber in einem Land wie Baden-Württemberg mit annähernd vergleichbaren SPD-Verlusten wie in NRW legte die Union noch einmal deutliche fünf Prozent zu. Bundesweit bezifferte sich der Zuwachs von CDU/CSU gegenüber der letzten Wahl auf 3,4 Prozent; da wäre es eigentlich mit einem Koalitionspartner, der ordentlich zugelegt hätte („Projekt 18“), kein Problem gewesen, die Regierungsverantwortung im Bund zu übernehmen.

Wer also die Rolle Nordrhein-Westfalens bei der Entscheidung im Duell der beiden Kandidaten für das Kanzleramt definieren wollte, der könnte zugespitzt sagen: NRW hat den bisherigen Kanzler nicht im Amt bestätigt, aber auch nicht dazu beigetragen, einen neuen Kanzler auf den Schild zu heben. Welche Auswirkungen hat diese eher passive Rolle auf die künftige Bedeutung des Landes im Bund? Früher wurden Wahlen an der Ruhr gewonnen, heute hält man sich offenbar lieber heraus.

Die Liberalen im Lande haben sich der Zehn-Prozent-Marke genähert. Diesmal waren es 9,3 nach 7,3 Prozent bei der letzten Bundestagswahl 1998. Zwei Prozent plus, das heftete sich der Landesvorsitzende Jürgen W.

Möller als persönliches Verdienst ans Revers. Vielleicht hoffte er damit den Sturm besser zu überstehen, der über ihn nach seiner letzten Postwurfsendung vor der Wahl („Klartext. Mut. Möller“) hereingebrochen ist. Denn die FDP konnte bundesweit nur 1,2 Prozent zulegen und hat sich auf diese Weise als Partner einer möglichen und von vielen erwarteten schwarz-gelben Koalition im Bund verabschiedet.

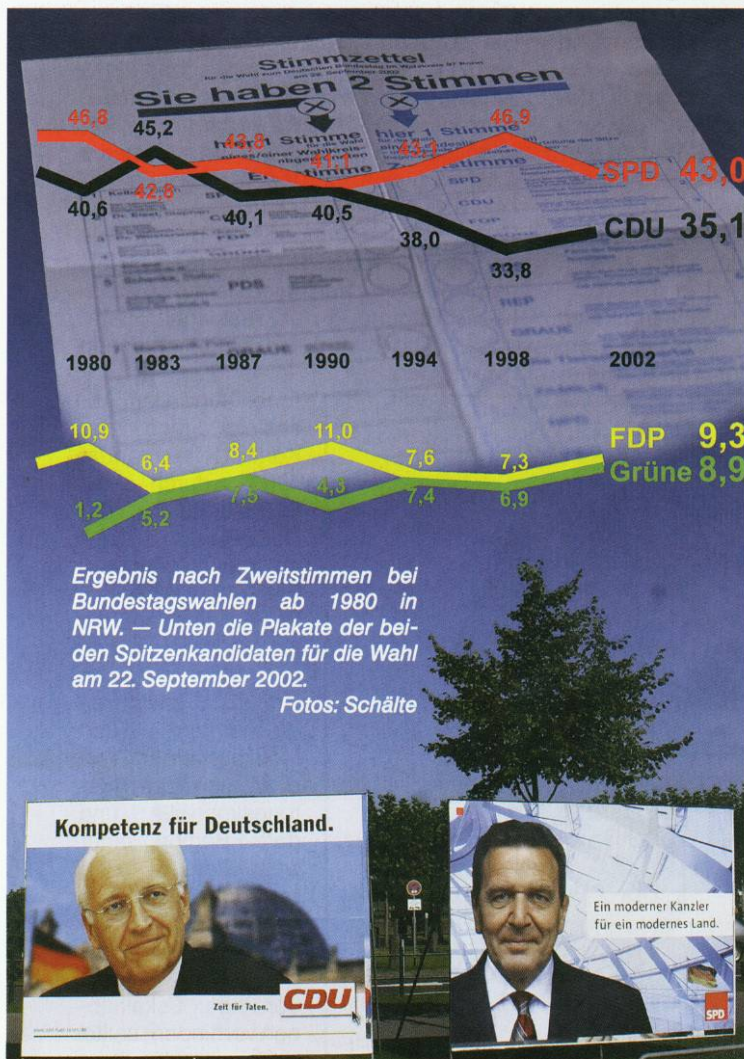
Ursachenforschung

Viele in der liberalen Parteispitze gaben bei der Ursachenforschung dem ungeliebten und inzwischen von diesem Amt zurückgetretenen stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden Möller die Schuld. Ob der ebenso umtriebige wie umstrittene NRW-Landesvorsitzende allerdings die FDP „zerlegt“ hat, wie das ein Kommentator formulierte, wird man abwarten müssen. Das Gleiche gilt für die Frage, auf welche Ebene — Berlin oder Düsseldorf — Möller seine künftige politische Arbeit konzentrieren wird: Er ist in den Bundestag gewählt worden und will dieses Mandat annehmen — vorerst.

Jubel bei den GRÜNEN. Ihr wenige Tage vor dem Urnengang geklebter Slogan „Zweitstimme ist Joschka-Stimme“ verfehlte offenbar nicht seine Wirkung, Ökosteuererhöhung und Einführung des Dosenpfands — jüngste Reizworte für die gesellschaftliche Debatte über die Schwerpunkte grüner Politik —, schienen angesichts der politischen Statur des Außenministers und Vizekanzlers vergessen. Der Koalitionspartner der SPD im Bund und im Land verbesserte sich um 1,2 im Bund, in NRW gar um glatte zwei Prozent.

Damit kann Bundeskanzler Schröder wie gewollt das Projekt Rot-Grün fortsetzen — mit einem gestärkten und zugleich selbstbewussteren Partner. Am Rhein haben sich zugleich die Avancen Möllers, als Ersatz für die GRÜNEN in einer Nachfolgeregierung zur Verfügung zu stehen, fürs Erste erledigt. Der neue nordrhein-westfälische Ministerpräsident kann (oder muss) sich nach der Bundestagswahl darauf einrichten, dass er seinen grünen Koalitionspartner so schnell nicht los wird. Eins ist sicher: Die prägende Kraft des Berliner Farbenspiels färbt auch nach dieser Wahl wieder stark auf Düsseldorf ab; das war schon bei der NRW-Regierungsbildung nach den letzten Landtagswahlen im Jahr 2000 so. Vorbei die Zeiten, wo in Düsseldorf Koalitionen geschmiedet wurden, die Vorbildcharakter für den Bund hatten.

J.K.



Landtag und Bundestagswahl

Fünf Abgeordnete auf dem Weg nach Berlin

25. September 2002, letzter Arbeitstag. Dr. Rolf Mützenich räumt im Landtag sein Zimmer aus, leert Schubladen und Schränke, nimmt die Bilder von der Wand. Der Leiter des Präsidialbüros und studierte Politikwissenschaftler ist im ersten Anlauf in den 15. Deutschen Bundestag gewählt worden. Nach 16 Monaten im Dienst des Landtagspräsidenten bricht der Kölner seine Düsseldorfer Zelte ab und geht in die Bundeshauptstadt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt bedauert seinen Weggang, dankt für die gute Zusammenarbeit und wünscht seinem „Persönlichen“ alles Gute für die Zeit als MdB. Der SPD-Mann Mützenich hat seinen Wahlkreis im Kölner Nordwesten direkt geholt, mit 50,3 Prozent. Seinen Konkurrenten von der CDU, Fraktionsvorsitzender der Union im Kölner Rat, hat er weit abgeschlagen: 20 Prozent weniger Erststimmen.

Stühlerücken auch im Abgeordneten-trakt des Landtags. Fünf Abgeordnete, drei aus den Reihen der CDU-Fraktion und zwei von der FDP, zieht es aus der Landes- in die Bundespolitik. Darunter Laurenz Meyer (54), Mitglied der CDU-Fraktion und früherer Fraktionsvorsitzender. Der gelernte Diplom-Volkswirt ist seit 1990 im Landesparlament und stand auf Platz 4 der Landesliste. Mit dem Wechsel nach Berlin begibt sich der Generalsekretär der Bundes-CDU auf bekanntes Parkett. Denn die Funktion als „General“ erforderte in den letzten Jahren die häufige Anwesenheit Meyers in der Bundeshauptstadt. Sein Landtagsmandat behielt er trotzdem, auch wenn er nicht an Plenartagen von Anfang bis Ende an den Sitzungen teilnehmen konnte. Im Landtag begann sein Aufstieg mit dem Amt als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. In den parlamentarischen Debatten zeigte sich: Der Abgeordnete Meyer scheute nicht den Konflikt, er spitzte zu und liebte eine direkte Sprache — alles Eigenschaften, die dem Generalsekretär einer Bundespartei gut zu Gesicht stehen, und die er in seiner Düsseldorfer Zeit als Oppositionsführer und als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses schärfen konnte.

Aus einem anderen Holz ist Gerhard Wächter (56) geschnitzt. Er ist wie sein Kollege Meyer Ostwestfale und wie Meyer Diplom-Volkswirt und wie sein Fraktionskollege seit 1990 im Landesparlament. Wächter wohnt in Bad Wünnenberg im Paderborner Land. Im ländlichen Raum ist er verwurzelt, Bodenständigkeit und Heimatliebe sind in seinen Au-

gen keine Tugenden, deren er sich zu schämen hätte. Im Landtag hat er sich als verkehrspolitischer Sprecher einen Namen gemacht. So war es als Sprecher der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ konsequent, dass Wächter auch Mitglied des Unterausschusses „Metrorapid in NRW“ des Verkehrsausschusses wurde — selbst wenn die Landes-CDU die Signale für das Zukunftsprojekt auf „Rot“ gestellt hat. Wächter hat seinen beruflichen Weg 1975 an der Landvolkshochschule „Anton Heinen“ begonnen, wo er bis 1990 den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialpolitik leitete und anschließend in Teilzeit arbeitete. In früheren Jahren zählte er zu den Stützen des FC Landtag. Dort hat er auf dem grünen Rasen als Rechtsaußen — eine Position, die in seinem Fall wirklich nur etwas mit dem Fußball zu tun hat — offenbar so viele geschickte Spielzüge und Finessen seinem Erfahrungsschatz einverleibt, dass es reichte, sich erfolgreich nach Berlin durchzudribbeln; im direkten Durchmarsch mit 53,6 Prozent der Erststimmen und mit dem besten Zweitstimmenergebnis der CDU in NRW.

Integrationskonzept

Wächter hat zwei Kinder, Meyer vier, der Dritte im Bunde der CDU-Parlamentarier, die die Landes- mit der Bundespolitik tauschen, hat fünf Kinder: Willi Zylajew (52) aus Hürth. Aktive fußballerische Ambitionen kann man ihm nicht nachsagen, dafür ein großes Herz fürs Soziale, für Familien, alte Menschen, junge Leute. Und für Migranten, denn er war es, der in seiner Fraktion den Weg maßgeblich bereitet hat, dass sich der Landtag im vergangenen Jahr auf ein die vier Parteien übergreifendes gemeinsames Konzept zur Integration von Migranten einigen konnte. Typisch Zylajew: Als Realist bestand er darauf, dass nicht nur die deutsche Seite Integrationsleistungen zu erbringen hat, sondern auch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger tatkräftige Bereitschaft zum Gelingen der Eingliederung unter Beweis stellen. Sein jovialer rheinischer Dialekt kann nicht davon ablenken: Der studierte Sozialarbeiter hat Überzeugungen, die er mit dem Nachdruck seiner kräftigen Statur zu vertreten weiß. Er ist CDA-Mitglied an leitender Stelle und konsequenterweise Mitglied im Landtagsausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge. Im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten war er Sprecher seiner Fraktion.

Aus den Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN sind keine Abwanderungsgelüste aktenkundig geworden. Dafür bei der FDP. Zwei ihrer Fraktionsmitglieder, darunter gleich der Chef, haben für den Bundestag kandidiert und sind über die Landesliste gewählt wor-

den. Jürgen W. Möllemann (57), Landesvorsitzender der FDP und Fraktionschef der Liberalen seit ihrem Wiedereinzug in das Düsseldorfer Landesparlament im Mai 2000, will nach eigenem Bekunden das Mandat annehmen. Möllemann, der das Lehramt studiert hat, war bereits von 1972 bis 2000 Bundestagsabgeordneter. In dieser Zeit war er zunächst mehrere Jahre als Staatsminister im Auswärtigen Amt unter seinem politischen Ziehvater Hans-Dietrich Genscher tätig; später amtierte er als Bildungsminister (1987 bis 1991) und danach bis 1993 als Bundeswirtschaftsminister. Viel muss an dieser Stelle über den umtriebigen Unternehmensberater angesichts seiner derzeit umfassenden Medienpräsenz nicht gesagt werden, er scheut keine Konflikte, auch nicht in der eigenen Partei. Seine Taktik ist der Überraschungsangriff — ein Erbe aus seiner Ausbildung als Fallschirmjäger bei der Bundeswehr, die als Oberleutnant der Reserve beendet hat?

Bedächtiger und abwägender ist sein Fraktionskollege Dr. Ingo Wolf (47). Er studierte Jura, war als Richter und zehn Jahre lang als Vizestadtdirektor und Oberkreisdirektor tätig. Wolf kam als gebürtiger Braunschweiger mit zwei Jahren nach Köln ins Rheinland. Heute wohnt der verheiratete Vater von drei Kindern in Euskirchen und arbeitet als Rechtsanwalt. Zur FDP, „der einzig wirklich liberalen Reformpartei mit ehrlichem Reformansatz“ (Originalton Wolf) hat er 1988 gefunden. Im Landtag ist er durch zahlreiche, sachkundige Beiträge im Plenum und in den Ausschüssen aufgefallen. Als Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss sowie als Sprecher seiner Fraktion im Kommunalausschuss und im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses fand der frühere Feldhockey-Bundesligaspieler reichlich Gelegenheit, den Ball in die Ecke zu spielen, der stets seine besondere Aufmerksamkeit gegolten hat: Liberalisierung, Entbürokratisierung, Kommunales und Finanzen.

jk



Rolf Mützenich packt ein. Foto: Schälte

Hartz-Konzept: Schnelle Umsetzung

Umfangreich diskutiert wurde im Landtag NRW das Hartz-Konzept, das im August die Zustimmung durch die Bundesregierung gefunden hatte. Auch in NRW sollen die Vorschläge der Kommission aufgegriffen und möglichst rasch umgesetzt werden, um neue Instrumente der Arbeitslosenbekämpfung einzuführen.

Rainer Bischoff (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion und der GRÜNEN im Parlament vor. Er appellierte an die Opposition, dem Antrag zuzustimmen, um eine schnellstmögliche Realisation zu gewährleisten. Durch die Einführung von PersonalServiceAgenturen (PSA), den Jobfloatern (ein Finanzierungspaket der Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der vielgenannten „ICH-AG“ sollen die Vermittlungschancen von Arbeitslosen im Lande steigen.

Barbara Steffens (GRÜNE) sah im Hartz-Konzept nur den Baustein eines Gesamtkonzepts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nicht alle Probleme würden gelöst. Positiv bewertet Steffens den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und den Abbau der Schwarzarbeit. Auch hier gelte: „Wir brauchen eine differenzierte Diskussion, so wie wir in Nordrhein-Westfalen eine differenzierte Politik im Arbeitsmarktbereich haben.“

Hermann-Josef Arentz (CDU) betonte ebenfalls, „dass in der Tat eine differenzierte Bewertung — mit vielen kritischen Anfragen — der Ergebnisse der Hartz-Kommission nötig ist“. Arentz warf der Regierung vor, dass die Vorschläge über die vier Millionen Arbeitslose hinwegtäuschten. Allein die Instrumente der Vermittlung würden keine Jobs schaffen.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) sah in dem Antrag den „panikartigen Versuch von Rot-Grün“ den Menschen in NRW vorzugaukeln, die Regierung führe einen energischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Daher lehne die FDP-Fraktion den Antrag mit der Begründung ab, dass es sich um „puren Aktionismus“ der rot-grünen Koalition handle.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) wies darauf hin, PersonalServiceAgenturen, Jobcenter und Start Zeitarbeit seien die geeigneten Instrumente, um Menschen schnell ins erste Berufsleben zu führen oder eine Anschlussbeschäftigung für Arbeitslose bereit zu stellen. Die Akzeptanz des Antrags würde betroffenen Arbeitslosen zeigen, dass über das Thema nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird. M. S.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) stellte fest, das Thema Hochwasserschutz sei in Nordrhein-Westfalen seit den 80er-Jahren schwerpunktmäßig behandelt worden. Er wies in diesem Zusammenhang auf eine „stolze und praktische Leistungsbilanz“ der Landesregierung hin. Wichtig seien Vorsorge und Ursachen-



bekämpfung: Sie müssten beim Thema Hochwasser im Vordergrund stehen. Deshalb sollten wieder mehr Stauräume und natürliche Fließläufe entstehen, um den Flüssen „Platz zu geben“. Auch die Klimapolitik spiele bei der Ursachenbekämpfung eine herausragende Rolle, da mit der Energiepolitik Einfluss auf die Klimaveränderungen genommen werden könne. Deshalb betrieben die Koalitionsfraktionen in Nordrhein-Westfalen eine Politik der CO₂-Reduzierung und der Verbesserung des Klimaschutzes. Kasperek kritisierte die Äußerung der FDP-Fraktion zu einer Kohleausstiegspolitik, diese sei unverantwortlich, zynisch und falsch. Die richtige Antwort auf die Klimaproblematik sei nicht der Ausstieg aus Braunkohle oder Steinkohle, sondern nordrhein-westfälische Kraftwerkstechnologie für Steinkohle und Braunkohle weltweit. Das Hochwasserschutzkonzept und die Klimaschutzpolitik müssten in NRW konsequent umgesetzt und fortgeführt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE) betonte ebenfalls die Erfolge der nordrhein-westfälischen Koalitionsfraktionen sowie die Leistungen im Bereich des Hochwasserschutzes. Gerade im Vergleich der Bundesländer könne man sich sehen lassen. In Bezug auf den Hochwasserschutz fehle das nötige Baurecht, die Kommunalvertretungen sollten deshalb nicht die Hochwasserschutzprogramme blockieren.

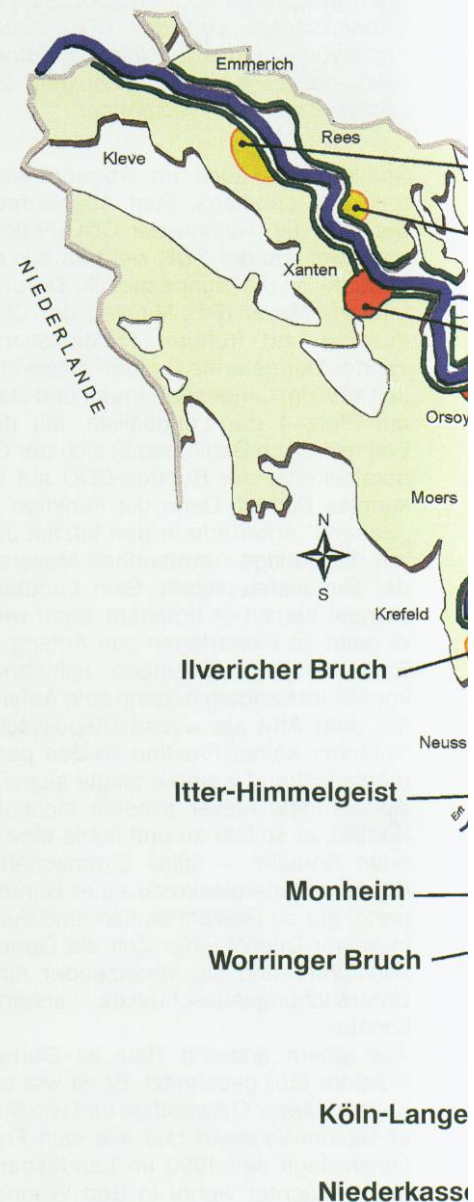


Über die Einführung einer Elementarversicherung für Flutopfer könne geredet werden, eine solche Versicherung müsse aber Steuerwirkungen haben. Auch Remmel kritisierte die FDP in Bezug auf das Thema Klimaschutz. Der Umgang der FDP mit diesem Thema sei unverantwortlich, da die FDP die Verantwortung für den Klimawandel und die globale Erwärmung

Folgen und Ursachen Welche Verantwortu

NRW stellt seine Leistun

Schäden in Milliardenhöhe hat die Hochwasserepisode des Sommers 2002 in den betroffenen Bundesländern im Süden und im Osten Deutschlands angerichtet. An diesem Anlass erörterten die Fraktionen des Landtags NRW die Ursachen der Hochwasser- und Katastrophen. Mit den Stimmen von SPD und GRÜNE wurde der Antrag der Koalitionsfraktionen für NRW und analysierten die Ursachen der Hochwasser- und Katastrophen. Ablehnung durch CDU und FDP — hat der Landtag schließlich den Antrag der Koalitionsfraktionen (13/2961) angenommen, in dem unter anderem die Umsetzung der Klimaschutzpolitik und die Klimagesetzgebung gefordert werden. Einstimmig wurden die Ausschüsse über die CDU und FDP (Drs. 13/2962 und 13/2964) überwiesen.



n des Hochwassers: g trägt der Mensch?

n der Vorbeugung heraus

Katastrophen im Aus die- tags den nschutz utkatas- N – bei dtag an- en (Drs. die Fort- eequente gramms äge von die zu-

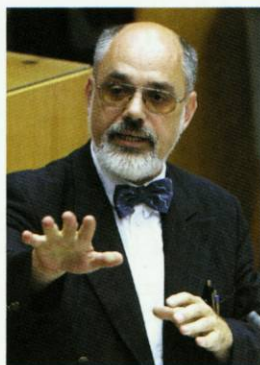
vor allem bei den Menschen in Afrika und China sehe. Laut Rimmel müssten aber gerade die reichen Länder als Vorbild vorangehen und den Klimaschutz aktiv betreiben. Der Hochwasserschutz in NRW müsse überprüft und weiterentwickelt werden, die Aufgabe der Landesregierung sei eine konsequente Deichsicherheit sowie die Fortführung der Klimapolitik. Rimmel dankte den Menschen – auch aus NRW –, die tatkräftig in den Überschwemmungsgebieten Hilfe geleistet, und denen, die den Wiederaufbau mit großzügigen Spenden unterstützt haben. Damit hätten Solidarität und Gemeinsinn als gelebte Tugenden das Bild eines zunehmend als „Spaßgesellschaft“ verschrienen Gemeinwesens bestimmt.



Heinrich Kruse (CDU) betonte, der Hochwasserschutz müsse als Länder übergreifende Aufgabe gesehen werden; die Einführung einer Elementarversicherung sei dringend zu prüfen. Die wirtschaftliche Nutzung von Wasserstraßen müsse im Falle einer Hochwassererwartung hintenanstehen und die Bebauungspraktik am Rhein müsse überdacht werden. Um beim Thema Hochwasserschutz zu einem fraktionsübergreifenden Beschluss zu kommen, machte Kruse darauf aufmerksam, die Koalitionsfraktionen müssten eine umfassende und gründliche Diskussion in den Ausschüssen führen.



Holger Ellerbrock (FDP) kritisierte die unterschiedlichen Bemessungshochwasser sowie die Katastrophenschutzplanungen am Niederrhein, da diese nicht koordiniert seien. Er forderte eine Überprüfung der Kohlepolitik und sprach sich für das Einstellen des Subventionsbergbaus aus. Dieses Geld könne man besser in die Bildungspolitik und Infrastruktur investieren. Die Klima-Veränderung sei eine natürliche Variabilität und nicht auf menschlichen Einfluss zurückzuführen. Technik- und Anlagenexport nach Osteuropa, Indien, China und in Schwellenländer bringe ungleich mehr Wirkung für den Klimaschutz. Ellerbrock forderte eine Überprüfung der Kohlevorrangpolitik und die Neubewertung der Kernkraft.



Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte den vorbeugenden Hochwasserschutz und machte darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, ein internationales Konzept gegen das Hochwasser zu entwickeln. Da auch der Rhein durch Hochwasser gefährdet sei, wies sie darauf hin, dass schon lange eine internationale Kommission zum Schutz des Rheins einberufen worden sei. Es sei ein Konzept beschlossen worden, das auf 20 Jahre angelegt ist, um Schutzmaßnahmen durchzuführen. In diesem Zusammenhang betonte sie den Bedarf an Rückhaltebecken und an mehr Raum für die gefährdeten Flüsse.

Ina Schäfer

Opposition lehnt Fusionsplan ab

In erster Lesung hat der Landtag über das Gesetz zur Errichtung der Universität Duisburg-Essen und zur Umwandlung der Gesamthochschulen beraten. Grundlage dabei war der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 13/2947). Nach der Lesung wurde der Entwurf von den Abgeordneten einstimmig an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung überwiesen.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) betonte bei der Einbringung, die Umwandlung der Gesamthochschulen entspreche letztlich auch deren Wunsch. Die geplante Zusammenlegung der beiden Hochschulen in Duisburg und Essen sei vor allem „als eine besondere Maßnahme zur Profilbildung“ zu verstehen. Die Synergiegewinne verblieben den Hochschulen. Der Entwurf sehe ein Leitungsgremium vor, „an dessen Spitze eine neutrale, nämlich von außen kommende Persönlichkeit steht“. Die Gründungsphase solle am 31. Dezember 2006 enden.

Dietrich Kessel (SPD) bezeichnete die vorgeschlagene Regelung für einen Gründungsrektor als unverzichtbar. Man vertraue dabei auf eine einvernehmliche Verständigung über die Person zwischen beiden Hochschulen. Das sei auch im Sinne eines schnellen Beginns des Fusionsprozesses.

Manfred Kuhmichel (CDU) erklärte die kategorische Ablehnung des Gesetzentwurfs durch seine Fraktion: Es gebe keine solides Fundament, die Hochschulautonomie werde verletzt und die beiden Hochschulen erhielten keine verlässlichen Rahmenbedingungen. So verkehre sich das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit ins Gegenteil. Der Umwandlung von Gesamthochschulen in Universitäten stimme man zu.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) verlangte, das Land müsse alle fusionsbedingten Kosten übernehmen. Die Erfahrung spreche mit anderen dagegen, dass es man von außen jemanden bei den Hochschulen „aufpfropfen“ könne. „Entweder die beiden Universitäten einigen sich, oder es kann keine Fusion geben“, sagte er.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) stimmte für ihre Fraktion beiden Zielen des Gesetzentwurfs zu und riet der Opposition, ihre Blockadepolitik aufzugeben.

Rainer Schmeltzer: „Tariftreuegesetz sichert Arbeitsplätze in NRW“

„Es geht um den Schutz von 200 000 Arbeitsplätzen in der nordrhein-westfälischen Bauindustrie und in unserem Öffentlichen Personennahverkehr“, begründete der SPD-Landtagsabgeordnete Rainer Schmeltzer für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit des Tariftreuegesetzes, dass die Landesregierung in den Landtag eingebracht hat. Das Gesetz soll sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die dort, wo sie ihre Leistung anbieten, auch die geltenden Tariflöhne zahlen. „Wir sichern damit fairen Wettbewerb und verhindern Lohndumping zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, bekräftigte Schmeltzer, der zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit-

nehmerfragen (AfA) der NRW-SPD ist. Schmeltzer verwies darauf, dass unter anderem Bayern ein bundesweit geltendes Tariftreuegesetz für das Baugewerbe und den ÖPNV im Bundesrat verhindert habe. Es sei deshalb die logische Konsequenz, dass die Landesregierung auf Wunsch der SPD-Fraktion ein Tariftreuegesetz auf Landesebene erarbeitet und in den Landtag eingebracht habe. Es könne nicht sein, dass Unternehmer, die ordentliche Arbeitsbedingungen und Löhne vereinbart hätten, durch Dumpingwettbewerb der Konkurrenz in den Ruin getrieben würden. Das Gesetz werde Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken. Es sichere heimische Arbeitsplätze und mindere damit die Be-

lastung für die sozialen Sicherungssysteme. Schmeltzer warf der Union vor, aus rein parteipolitischem Kalkül beim bundesweiten Tariftreuegesetz eine sozialgerechte Wettbewerbsregelung blockiert zu haben. Für die SPD seien Tarifverträge und Tariftreue nicht nur Arbeitnehmerinteressen, sondern verfassungsgemäße Rechte, die es zu schützen gelte. Das Tariftreuegesetz NRW sei die Antwort auf die Unehrlichkeit gegenüber der Tarifautonomie, wie sie die Union am 12. Juli im Bundesrat dokumentiert habe. „Das ist unsere Antwort auf den schäbigen, sozial verantwortlichen Umgang im Bundesrat mit Beschäftigten der Baubranche und des Personennahverkehrs“, kommentierte Rainer Schmeltzer.

CDU: Weitere Aufklärung bei GfW dringend notwendig

„Die landeseigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) ist ein weiteres Beispiel für Misswirtschaft, Verschwendung von Steuermitteln und Vetternwirtschaft“, erklärte der CDU-Finanzexperte Michael Breuer: „Der Aufklärungswille der Landesregierung ist erschreckend schwach.“

Die Ergebnisse der Prüfungen durch den Landesrechnungshof seien Anlass genug, die GfW weiter auf Herz und Nieren zu prüfen. „Die vom Landesrechnungshof aufgedeckten Verstöße der GfW gegen das Vergaberecht bei millionenschweren Aufträgen sind nicht hinnehmbar“, so Breuer. Die CDU-

Fraktion erwarte eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge. Deshalb habe man einen detaillierten Fragenkatalog an die Landesregierung gerichtet, um „Licht ins Dunkel zu bringen“. Die Landesregierung müsse endlich der Öffentlichkeit und dem Parlament Rede und Antwort stehen.

Weitere Fragen ergeben sich aus Sicht der CDU bei den Auslandsrepräsentanzen der GfW in Südafrika, Israel und im Libanon. „Der Landesrechnungshof hat in seinem Prüfbericht nicht nur Mängel bei den Verträgen moniert. Er hat auch erhebliche Bedenken, ob die bezahlten Honorare überhaupt

angemessen waren. Angesichts fragwürdiger Leistungen gehen wir auch dort von einem verschwenderischen Umgang mit Landesmitteln aus.“

Zum Thema GfW gehört auch das Verhältnis Clement und Langer. Michael Breuer: „Langers Agentur Noventa hat seit 1991 Aufträge des Landes bzw. der Landesgesellschaften, wie der GfW, von über 10 Millionen Euro erhalten. Dabei hat es mehrfach rechtswidrige Aufträge an Herrn Langer gegeben. Auch nach seiner Flucht nach Berlin können sich Herr Clement und die Landesregierung nicht vor Aufklärung drücken.“

FDP fordert neues Gesetz zur Schulkinderbetreuung

Die FDP-Landtagsfraktion sieht die Ankündigung der Landesregierung, die Förderung der landesweit gut 43 000 Hortplätze mittelfristig auslaufen zu lassen, mit Sorge. Nach Auffassung des jugendpolitischen Sprechers der Liberalen, Christian Lindner, wiegt die begrüßenswerte Bündelung des entstandenen Förderdschungels bei der Betreuung von Schulkindern die bestehenden Unsicherheiten von Eltern und Kommunen nicht auf: „Ministerin Fischer ist gut beraten, statt nebulöser Erklärungen umgehend ihre Pläne auf den Tisch zu legen. Der Hort verbindet Haus-

aufgabenhilfe, Freizeitpädagogik und ein Mittagessen. Eltern können sich auf dieses Betreuungsangebot verlassen“, erläuterte Lindner.

Die im Land teilweise gut funktionierenden Strukturen dürften deshalb nicht einfach preisgegeben werden. Bei der geplanten Neuorganisation der Betreuungslandschaft unter dem Dach der Ganztagsgrundschule seien die pädagogischen Standards sowie die Bereitstellung dringend benötigter Infrastruktur völlig ungeklärt. „Wir befürchten, dass bei der Qualifikation des pädagogischen Personals ge-

spart und die Finanzierung von Baumaßnahmen auf die Kommunen abgeschoben werden soll.“

Seine Fraktion spreche sich wie der Städte- und Gemeindebund in NRW daher dringend für eine gesetzliche Regelung der alternativen Betreuungsformen für Schulkinder am Nachmittag aus, die für alle Beteiligten Planungssicherheit bedeute. „Die Kommunen sollen in fachlichen Schulterschluss von Schule und Jugendhilfe vor Ort eine den Bedürfnissen von Eltern und Kindern entsprechende Betreuungslandschaft entwickeln können.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Kanzler zu Gast bei den GRÜNEN

Dass neben der NRW-Spitze der SPD auch Bundeskanzler Schröder (2. v. l.) mit seinem Fraktionsvorsitzenden Müntefering (3. v. r.) am Rande ihrer Stippvisite in Düsseldorf die GRÜNE-Fraktion besuchten, wertet die Vorsitzende Sylvia Löhrmann (M.) als ein besonderes Zeichen für die weitere Zusammenarbeit zwischen den GRÜNEN und der SPD. Während seines halbstündigen Besuches bei den GRÜNEN verwies der Kanzler nochmals auf die überragende Bedeutung der rot-grünen Koalition in NRW für Rot-Grün in Berlin. Es sei von zentraler Bedeutung, dass „hier in NRW alles so weitergeht wie bisher“. Ministerpräsident Clement (l.) dankte der GRÜNEN-Fraktion und den Ministern Höhn und Vesper für die gute Zusammenarbeit. Auf die erfolgreiche Fortführung der rot-grünen Koalition verwies auch sein designierter Nachfolger Steinbrück (r.). Sylvia Löhrmann betont, in jedem Neuanfang liege auch eine Chance. Mit auf dem Bild Minister Harald Schartau (SPD, 2. v. r.).

Orden für Manfred Degen

„Macher, Moderator, Malocher“ — mit diesen freundschaftlichen Worten skizzierte Landtagspräsident Ulrich Schmidt den neuen Träger des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Manfred Degen (63). Bei der Verleihung hob Schmidt die kommunal- und landespolitischen Verdienste des Obervolkshochschulrates a. D. hervor, der vom Bergbau „als typisches Kind des zweiten Bildungsweges“ in den Lehrerberuf eingestiegen sei. Seitdem habe ihn das Thema Bildung und Schule nicht mehr verlassen; zahlreiche parlamentarische Initiativen gingen in diesem Bereich auf den Sprecher der SPD-Fraktion im Schulausschuss zurück. Zu loben sei auch Degens Engagement für die Arbeiterwohlfahrt seines Heimatortes Marl.



Manfred Degen (SPD)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (0211) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Es ist eines dieser kleinen Alltagserlebnisse an einem Dienstagvormittag, kurz vor der Fraktionssitzung, bei dem Bernhard Kasperek einiges von sich preisgibt. Geschmeidigen Schrittes geht er durch die Gänge des SPD-Fraktionsbereiches. Als er an den Büros der Parlamentarischen Geschäftsführerin Carina Gödecke und von Fraktionschef Edgar Moron ankommt, greift er den Türrahmen, lehnt sich kurz herein und grüßt unüberhörbar ins Sekretariat. Selten begegnet man ihm ohne ein Lachen. Bernhard Kasperek ist ein Dynamiker. Einer, der motivierend wirkt und bemüht ist, beim Gegenüber freundlich in Erinnerung zu bleiben. Dieser Eindruck hat sich verstärkt, seitdem er vor längerer Zeit mehrere Pfunde abgenommen hat. Auf seiner persönlichen Homepage ist noch ein Mann mit bulliger Statur und strahlendem, pausbäckigem Gesicht zu sehen. Kasperek joggt mehrmals in der Woche und wandert gern in den Bergen. Sich selbst charakterisiert der 50-Jährige als „alten Naturliebhaber“. Deshalb ist es wenig überraschend, dass Kasperek in der SPD-Fraktion umweltpolitischer Sprecher ist und sich bemüht, die SPD auf diesem Gebiet, auch gegen die GRÜNEN, zu profilieren. Dabei kommt er forsch im Plenum daher. Kasperek gehört zu den stärkeren Rednern. Er vermengt sachliche Informationen mit kontrollierter Polemik an die Adresse der Opposition.

Gewerkschaftliche Orientierung

Man merkt dann schnell, dass Kasperek kein schlichter Abgeordneter ist. Er gehört zum inneren Zirkel der Fraktion, und dies ist auch seiner politischen Erfahrung zu schulden. Seit 31 Jahren gehört der gebürtige Oberschlesier der SPD an. Er ist ein Arbeiter, der ins Bildungsbürgertum hineinwuchs. Auch heute noch betont Kasperek seine „gewerkschaftliche Orientierung“. Der gelernte Klempner und Installateur schlug den zweiten Bildungsweg ein. Er studierte anschließend Versorgungstechnik und danach Sicherheitstechnik bis zur Promotion. Seit 13 Jahren ist der Diplom-Ingenieur angestellt bei der Degussa AG. Kaspereks Politisierung hatte ihren Ursprung ebenfalls in den 60er-Jahren. Es war die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die den damaligen Studenten in Münster elektrisierte. In der Politik ging dann alles sehr schnell. Noch vor seinem Studienabschluss wurde Kasperek 1975 in den Rat der Stadt Herten gewählt. Er sei mit seinen 22 Jahren bundesweit das jüngste Ratsmitglied gewesen, erzählt Kasperek nicht ohne einen Anflug von Stolz. Bei seiner Zielstrebigkeit konnten auch einige spektakuläre Vorkommnisse nicht ausbleiben. Es glich einer kleinen Revolution, als Kasperek 1987 den ungekrönten Lokalfürsten Horst Niggemeier vom Vorsitz im Unterbezirk Recklinghausen, dem bundesweit zweitgrößten Sprengel der SPD, vertreiben konnte. 1989 wurde Kasperek Mitglied des Recklinghausener



Dr. Bernhard Kasperek (SPD)

Kreistages; ein Jahr später besaß er ebenfalls ein Mandat im Landtag. Auf Zitterpartien musste er sich in der sozialdemokratischen Hochburg nie einlassen. In den vergangenen drei Legislaturperioden wurde er direkt gewählt.

Ein wichtiges politisches Spielbein besaß Kasperek in der SPD-Landespartei. Er gehörte ab 1978 dem Landesvorstand an und war vier Jahre als ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer tätig. Er habe intensiv mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau zusammengearbeitet, sagt Kasperek. In seinem Landtagsbüro hat er ein großes Porträt von Rau aufgehängt: „Er hat die nordrhein-westfälische SPD ebenso geprägt wie Willy Brandt die Bundes-SPD.“ In seiner Zeit als Landesgeschäftsführer habe er eng mit Rau zusammengearbeitet, sagt Kasperek.

Seine gute Laune schwindet allerdings schlagartig, wenn man ihn auf die Ablösung Raus anspricht. An einem Montag hatte Rau seinen Abschied verkündet, nachdem er sich lange gegen diesen Schritt gestäubt hatte. Es war der 16. März 1998. Und ausgerechnet einen Tag zuvor war in einer Boulevardzeitung zu lesen, dass Bernhard Kasperek und der frühere Fraktionschef im Landtag, Friedhelm Farthmann, sich für einen Wechsel an der Regierungsspitze aussprachen. Kasperek sagt, dies sei eine „unglückliche Sache“ gewesen, mehr möchte er dazu nicht sagen. Er schaut sehr ernst. Die SPD war damals ziemlich verärgert. Seither ist es ruhiger um ihn geworden. Seinen Vorsitz im Unterbezirk Recklinghausen hat ein anderer übernommen.

Kaspereks Horizont endet nicht an Hertener oder nordrhein-westfälischen Grenzen. Es sind vielmehr die großen politischen Gefühle, die er noch spürt. Jene wie selbstverständlich geltenden Ideale von Gerechtigkeit, Freiheit oder Gleichheit. Kasperek mag die programmatische Arbeit und erzählt von seinen Konzepten, mit denen er die Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband neu ausgerichtet habe. Kampagnen interessieren ihn. Und dann sagt er einen elementaren Satz: „Die Lust an Politik ist ungebrochen.“ Es ist ihm anzusehen. Kristian Frigeli

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 16. Oktober bis 6. November 2002

- 16.10. **Klaus Stallmann** (CDU), 57 J.
- 23.10. **Bernhard Schemmer** (CDU), 52 J.
- 24.10. **Reinhold Sendker** (CDU), 50 J.
- 25.10. **Carina Gödecke** (SPD), 44 J.
- 29.10. **Sybille Haussmann** (GRÜNE), 42 J.
- 30.10. **Ina Meise-Laukamp** (SPD), 45 J.
- 4.11. **Brigitte Herrmann** (GRÜNE), 52 J.
- 6.11. **Brigitte Speth** (SPD), 58 J.

★
Die CDU-Landtagsfraktion hat zur Halbzeit der Wahlperiode ihren Fraktionsvorstand gewählt. Fraktionschef **Jürgen Rüttgers** wurde mit 65 von 81 Stimmen in seinem Amt bestätigt; zehn Abgeordnete stimmten mit Nein, sechs enthielten sich. Für den ausgeschiedenen Geschäftsführer **Heinz Hardt**, der nach 17 Jahren nicht wieder kandidierte, wurde **Helmut Stahl** als Nachfolger im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers gewählt; von den 78 abgegebenen Stimmen entfielen 61 auf Stahl, sieben stimmten mit Nein, zehn enthielten sich. Als Stellvertreter wurden im Amt bestätigt: **Antonius Rösenberg** (70 Ja-Stimmen), **Eckhard Uhlenberg** (66), **Hermann-Josef Arentz** (60), **Bernhard Recker** (59), **Lothar Hegemann** (48), **Regina van Dinther** (46 Ja-Stimmen).

★
Helmut Stahl (CDU), Landtagsabgeordneter aus Bonn, hat Volkswirtschaft studiert und war als Ministerialdirektor Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung im Ministerium von Arbeitsminister Norbert Blüm. 1993 berief ihn der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl als Abteilungsleiter ins Bundeskanzleramt. Von 1996 bis 1998 war er Staatssekretär im von Jürgen Rüttgers geleiteten Bundesbildungsministerium. Dem Landtag NRW gehört Stahl seit dem Jahr 2000 an. Bei der Kommunalwahl 1999 unterlag er nur knapp bei der Stichwahl zum Bonner Oberbürgermeister.

★
Heinz Hardt (CDU) hat wenige Tage nach seinem 66. Geburtstag den Verzicht auf eine erneute Kandidatur als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion erklärt. Hardt ist seit 1970 Mitglied des Landtags und vertritt dort seinen Düsseldorfer Wahlkreis. Wichtiger Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit ist die Verkehrspolitik. Fraktionschef Rüttgers würdigte Hardts unermüdlichen Einsatz als „Organisator und Koordinator, Brückenbauer, Netzwerker und Politik-Manager“.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 7. November 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

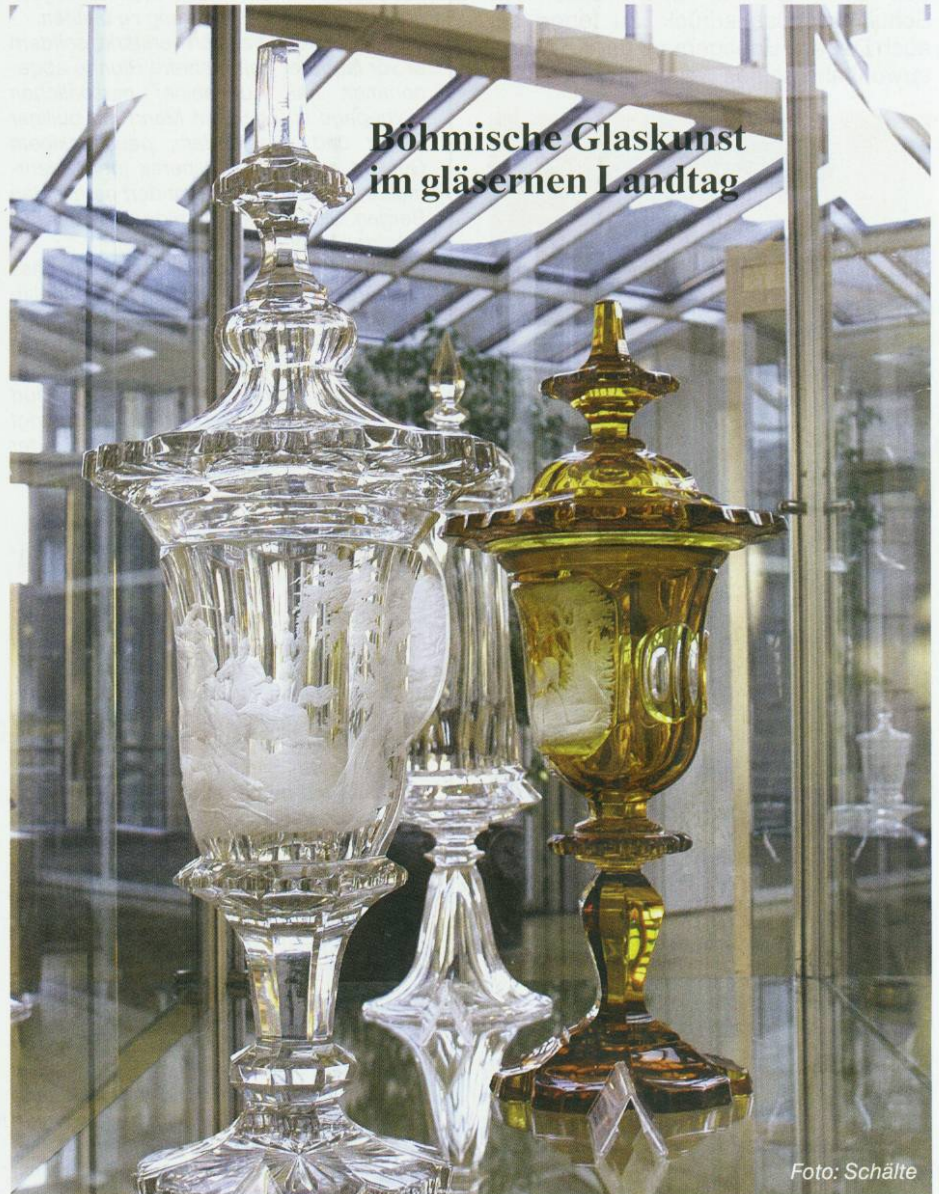


Foto: Schälte

Noch bis Ende des Monats dauert die Ausstellung „Böhmisches Glas in Nordrhein-Westfalen – Brücke aus Glas“, die zu Beginn der Plenarsitzung am 9. Oktober von Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet worden ist. Dabei geben die Glasmuseen aus Steinschönau und Rheinbach einen Einblick in die Schätze Böhmens, die von sudetendeutschen Meistern in Jahrhunderten geschaffen worden sind. Veranstalter ist außer dem Landtag und der Sudetendeutschen Landsmannschaft das Glasmuseum in Rheinbach und das Glasmuseum von Steinschönau/Kamenicy Senov in der Tschechischen Republik. Dieser Ort ist zusammen mit Haida/Novy Bor ein Zentrum des schönen Glases. Von dort stammen jene rund 600 Sudetendeutschen, die nach der Vertreibung in Rheinbach bei Bonn die Arbeit mit dem Glas in traditioneller und zugleich moderner Form fortsetzen konnten. — Die Ausstellung kann montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr nach telefonischer Anmeldung unter 02 11/8 84-23 63 besichtigt werden.